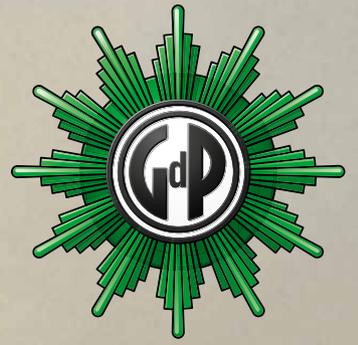


DP

DEUTSCHE POLIZEI

12/22

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Gemeinsam durch die Krise



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Da für **Beschützerinnen.**

Unsere leistungsstarken Versicherungen für die Polizei.

Es hat sich viel getan, seit SIGNAL IDUNA vor über 110 Jahren gegründet wurde. Eins ist immer geblieben: unser Anspruch, als Gemeinschaft füreinander einzustehen. Vor allem durch unseren Spezialversicherer, die Polizeiversicherungs AG, können Sie sich auf maßgeschneiderte Versicherungslösungen verlassen.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Foto: Johanna Mühbauer/stock.adobe.com

IN EIGENER SACHE

Die Weihnachtszeit steht bevor, doch sie wird nicht nur gefühlt eine andere sein als in den Jahren zuvor. Zwar liegen Spekulativus, Lebkuchen und Christstollen – irgendwie bizarr – seit dem Spätsommer in den Läden, dennoch wird wohl der Appetit auf das weihnachtlich Süße geringer sein. Die vielen schrecklichen Bilder des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die wirtschaftlichen Folgewirkungen auf unseren Alltag dürften angesichts breiter Verunsicherung mancher und manchen auf den Magen schlagen. Und ob der liebevoll geschmückte Tannenbaum das Christgeburtsfest in den Wohnungen feierlich illuminieren wird, ist ebenso längst nicht ausgemacht.

Eines jedoch wird so sein wie immer: Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, Rettungskräfte, die Feuerwehr, Ärztinnen und Ärzte, Pflegende sowie Beschäftigte in zahlreichen weiteren Berufsgruppen werden im Dienst sein. Sie werden arbeiten, wenn andere das Weihnachtsfest begehen. Sie werden Situationen zu meistern haben, die ganz und gar im Widerspruch zum Fest der Freude und des Friedens stehen werden. Vor diesem Hintergrund wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen, die an den Festtagen Dienst tun: Kommt alle gut und sicher nach Hause und schließt eure Liebsten in die Arme.

An dieser Stelle wünscht die Redaktion DP allen Leserinnen und Lesern auch einen guten Rutsch in das Jahr 2023. Wir alle hoffen, dass es ein friedlicheres Jahr sein wird als sein Vorgänger. Der Jahreswechsel ist ein Einsatztermin, den man mit Fug und Recht als neuralgisch bezeichnen kann. Mit dem Abflauen der Coronamaßnahmen besteht die Sorge, dass die „Enthaltbarkeit“ während der Pandemiephase unfriedliche Aktionen befeuern könnte. So begleiten auch die Kräfte, die den Übergang von '22 auf '23 zu meistern haben, unsere besten Grüße und Hoffnungen auf einen möglichst ruhigen Einsatz. Kommt gut und unverletzt durch.

Wir lesen uns dann im neuen Jahr wieder. Bis dahin Ihnen und Euch frohe Weihnachten und einen guten Rutsch.

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Titel

- 2 Sicher durch die Krise
- 5 Schulterchluss
- 6 Austausch, der Mut macht
- 8 Die zweite Miete

Gelesen

- 10 Historisches Sündenregister

Innenleben

- 11 Ein Zeichen der Solidarität
- 14 Die Forderung steht
- 21 Spende für den Kampf gegen Brustkrebs!
- 32 Sitzung des GdP-Bundesvorstandes

Vor Ort

- 12 „Wir müssen als Gesellschaft wieder enger zusammenrücken“
- 16 Prävention für eine sichere Gesellschaft
- 32 Kopelke: Polizei wirksamer vor Hass und Hetze schützen

Hingeschaut

- 18 Bringt der Green Deal den Durchbruch?
- 24 Zeitenwende
- 34 Ausgespäht und angegriffen
- 36 Deutschland, nein danke?
- 38 „Mission Ranks“ in internationalen Polizeimissionen

Nachruf

- 20 Eine Kämpferin mit Herz ist von uns gegangen – Du fehlst

Hilfreich

- 23 GdP-Plus Partner

Im Gespräch

- 28 Krimi-Klischees haben ausgedient

Eure Meinung

Impressum

DP DIGITAL

Euer digitales Mitglieder-magazin





KRISENRESILIENZ DER POLIZEIEN

Sicher durch die Krise

Krieg, Energieknappheit, Preisexplosion: Die Ungewissheit dieser Tage macht auch vor der Polizei nicht halt. Was ist notwendig, damit die Polizei auch im gesellschaftlichen Ausnahmezustand einsatzfähig ist? Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit einem Notfallplan für polizeiliche Krisenresilienz.

Danica Bensmail

Am Ende geht es wie so oft mal wieder (fast) nur um das eine: Geld. Und in der Tat ist die Schaffung einer krisenresilienten Polizei nicht zuletzt auch eine Frage der Finanzen. Der Föderalismus legt Polizei in die Hände der Länder, doch mit Blick auf Ausstattung und Personalkontingent heißt das im Zweifel: Jeder, wie er kann. Der eine mehr, der andere weniger. Das ist für viele Kolleginnen und Kollegen Realität im Dienstalltag – und das bereits weit außerhalb von Krisenlagen. Doch was bedeutet der Mangel an Personal, Equipment oder ausreichenden Ressourcen im äußersten Notfall? Hält unsere Polizei dem Stresstest einer möglichen Ausnahmesituation auf nationaler Ebene stand?

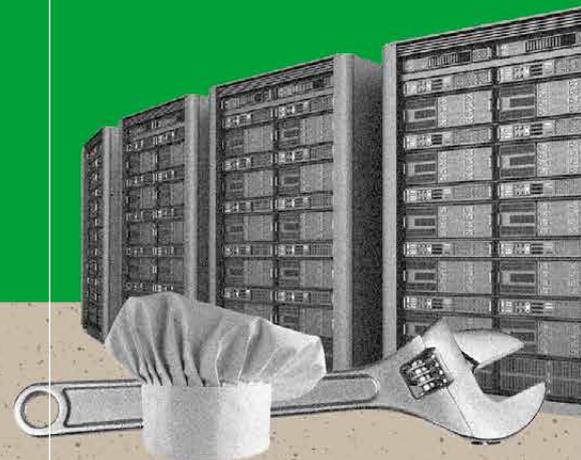
Für die GdP ist klar: Schluss mit jeder, wie er kann! Der Bund ist in der Pflicht für Länder und Kommunen eine ausgewogene Startposition zu schaffen und sie bei Investitionen in Polizei sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zu unterstützen. Das gilt insbesondere für Maßnahmen, die zur Verbesserung polizeilicher Krisenresilienz beitragen.

Erste Hilfe – jetzt!



Auf Länderebene bedeutet das die Anschaffung von und Bevorratung mit Sachmitteln zur kurzfristigen Verbesserung polizeilicher Versorgungsinfrastruktur. Das beinhaltet vor allem den Ausbau krisenfester Kooperationen mit Privaten, zur Sicherstellung der Notfallversorgung von Polizei und Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Dazu zählen unter anderem private Tankstellenbetreiber, Logistik-Unternehmen, Eisenbahnverkehrs- und Infrastrukturunternehmen, Landwirtschaftsbetriebe und -versorger. Überdies die Anpassung von Personal- und Sachausstattung – auch mit dem konkreten Blick auf polizeiliche Tätigkeit im Cyberraum.

Polizeiliche Autarkie langfristig stärken



Auch die Arbeitsplätze in der analogen Welt brauchen vielerorts ein Update. Darum fordert die GdP seit langem: Modernisierungsinvestitionen in klima- und krisenresiliente polizeiliche Liegenschaften und Infrastruktur.

Mit besonderem Blick auf die derzeitige Ressourcenknappheit ist der Gewerkschaft der Polizei die Stärkung polizeilicher Autarkie ein besonders großes Anliegen. Dies soll aber vor allem die Abhängigkeit der Polizei von der Privatwirtschaft beenden und eine eigene Versorgungsinfrastruktur etablieren. Geht es nach der GdP, sollen die Polizeien der Länder und des Bundes künftig wieder über eigene Tankstellen, Werkstätten, Catering und eine polizeieigene digitale Kommunikation verfügen.

Arbeitsfähig trotz Krisenmodus

Fürsorge- verpflichtung ernst nehmen



Für die Polizeiführung bedeutet das, kurzfristig Konzepte zum Umgang mit Ressourcenknappheit zu aktualisieren. Flexibilität ist dabei alles: Krisen bringen neue, unvorhergesehene Maßnahmen, Aufgaben und Schwerpunkte mit sich. Das setzt Personal- und Einsatzpläne voraus, die der entsprechenden Lage angepasst sind. Das erste Einsatzmittel ist in vielerlei Hinsicht die Sprache: Eine schnelle und verlässliche Kommunikation entscheidet im Krisenfall maßgeblich über die Qualität und den Erfolg eines Einsatzes. Darum steht und fällt die Arbeitsfähigkeit der Polizei im Krisenmodus mit der Funktionsfähigkeit des Digitalfunks.

Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Leistungen. Die Arbeitsbelastung von Polizeibeschäftigten ist bei stetig wachsenden Anforderungen an sie auch außerhalb akuter Krisenlagen hoch. Wer für die Ausnahmesituation körperlich und mental gerüstet sein muss, darf nicht bereits im Alltag verheizt werden.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert von der Polizeiführung (nicht nur) an dieser Stelle ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen. Konkret bedeutet das: Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregeln zu beachten, Kolleginnen und Kollegen vor Selbstaubeutung zu schützen, Dienstunfälle anzuerkennen und eine ausreichende psychische Betreuung sicherzustellen. Gute Planung ist die halbe Miete: Das gilt natürlich auch außerhalb des Krisenmodus. Für die Führungsebene muss das in erster Linie bedeuten, entsprechende Einsatzreserven im Verwaltungs- und Vollzugsbereich zu schärfen.



Illustration: kaadesign

An dieser Stelle schließt sich der Kreis. Denn, jeder Notfallplan kann noch so gut durchdacht sein, am Ende geht es doch wieder mal (fast) nur ums Geld. Kurz: „Gehe nicht über Los, aber schicke mehr böse Buben ins Gefängnis.“ Diese Forderung an die Polizei ist bereits ohne dynamische Krisenlage eine immense Herausforderung für die Exekutive hierzulande.

Vor diesem Hintergrund setzt die GdP verstärkt auf die Polizeiführung, um kontinuierlich und langfristig Investitionen einzufordern, an deren Ende eine autarke Polizei steht, die klimaresilient ist und in jeder Lage verlässlich. Auch in der Krise. ■



Schulterschluss

Martin Burkert

Vorsitzender der
Eisenbahn- und
Verkehrsgewerkschaft
(EVG)



Foto: EVG

Der Schienenverkehr gehört zur kritischen Infrastruktur, die besonders geschützt werden muss. Einen hundertprozentigen Schutz von über 30.000 Kilometer Schienennetz wird es nicht geben können. Aufgrund des noch nicht aufgeklärten Anschlages ist es wichtig, technische Bereitschaften einzuführen und die Notfallpläne sind zu evaluieren. Für einen verbesserten Schutz muss der Eigentümer, die Bundesrepublik Deutschland, die Finanzierung sicherstellen. Das gilt für mehr Personal sowie für mehr technische Absicherung beispielsweise Videoüberwachung.

Anfang Oktober schockierte der Sabotage-Akt an der Bahninfrastruktur. Fakt ist, dass das gemeinsame Notfallmanagement hervorragend funktionierte. Der Dank gilt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Deutsche Bahn und Bundespolizei.

Jochen Kopelke und ich – also GdP und EVG – werden im engen Schulterschluss zusammenarbeiten. Geplant ist, dass wir uns zeitnah bezüglich der kritischen Infrastruktur und auch zu den Konzeptionen gegen die Gewalt in Bahnen und Bussen abstimmen. EVG und GdP setzen sich für bundesweit sichere öffentliche Verkehrsmittel ein.



KONZERTIERTE AKTION

Austausch, der Mut macht

Deutschland ist reich, dennoch nehmen die Existenzängste der Menschen zu. Die Konzertierte Aktion der Bundesregierung soll Erleichterung schaffen. Gut so, denn: Innere Sicherheit ist auch eine Frage des sozialen Friedens. GdP-Chef Jochen Kopelke saß dazu mit dem Kanzler am Tisch. Ein Lagebericht.

Danica Bensmail

Als Gesellschaft hält uns immer weniger zusammen. Das ergab eine repräsentative Umfrage von „Infratest dimap“ im Auftrag der ARD aus dem November dieses Jahres. Geht es um die großen sozialen Fragen unserer Zeit – Pandemie, Einwanderung, Reichtum und Armut – erleben die Menschen hierzulande die eigene Gesellschaft als eher gespalten. Fast die Hälfte aller hier Lebenden blickt mit Sorge auf das vermeintlich schwindende gesellschaftliche Miteinander. 48 Prozent empfinden den Zusammenhalt als „eher schlecht“, 16 Prozent sogar als „sehr schlecht“. Von hundert Menschen blickt lediglich ein einzelner mit Optimismus auf das gemeinsame Zusammenleben, und bewertet unser Miteinander als „sehr gut“.

Panische Stimmen zeichnen bereits die Anfänge einer auseinanderberstenden Gesellschaft. Angstpropheten vergleichen die Bundesrepublik mit einem Pulverfass. Währenddessen bündelt man im Bundeskanzleramt seit dem Sommer 2022 Kompetenzen – für den gemeinsamen Weg durch die Krise.

Gemeinsam durch die Krise

Bei der sogenannten Konzertierten Aktion der Bundesregierung geht es um die Sicherung von Arbeitsplätzen und Löhnen. Vor allem aber geht es darum, kreative und pragmatische Ideen zu entwickeln. Sie sollen die Bundesrepublik souverän durch die Krise bringen und den sozialen Frieden sichern.

Auslöser der Aktion ist die wirtschaftlich angespannte Lage, in der sich Deutschland seit dem russischen Überfall auf die Ukraine befindet.

Auch die Gewerkschaft der Polizei saß mit weiteren Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft bei der dritten Konzertierten Aktion im Oktober am Tisch. Denn auch viele GdP-Mitglieder, darunter aktive und ehemalige Polizeibeschäftigte, sind massiv von der Inflation und den negativen Folgen des russischen Angriffskrieges betroffen. Als weltweit größte Interessenvertretung für Polizeibeschäftigte bringt die GdP ihre Kompetenzen in den gemeinsamen Ideen-Pool mit ein. Sie hat dazu neben einem polizeirelevanten auch ein gesellschaftliches Handlungskonzept vorgelegt.

Wohlstand sichern

Dessen erster Punkt sieht den Ausbau öffentlicher Investitionen vor. Für den GdP-Chef Jochen Kopelke ist klar: „Um den gesellschaftlichen Frieden zu wahren, muss zum einen das Wohlstandsniveau der Menschen abgesichert werden. Zum anderen muss die Einsatzfähigkeit von Polizei und öffentlicher Verwaltung aufrechterhalten werden. Ohne Geld in die Hand zunehmen und es entsprechend zu investieren, klappt das nicht.“ Dabei müsse die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen berücksichtigt werden, sagte der Gewerkschafter.

Gesellschaftliches Reizklima

Ein wirklich heißer Herbst sei der Bundesrepublik zwar erspart geblieben, stellte Kopelke fest „aber, dass wir in einem gesellschaftlichen Reizklima leben, spüren meine Kolleginnen und Kollegen jeden Tag auf der Straße.“ Bereits in der Pandemie habe die Gewerkschaft der Polizei eine Versachlichung der Debatte angemahnt. Auch jetzt gelte: Nur ein kühler Kopf kommt vor die Lage. „Kommunikation ist an dieser Stelle das A und O“, sagte der GdP-Chef, denn „es ist wichtig, dass alle Menschen, die Verantwortung in unserem Land tragen, miteinander sprechen und sich austauschen.“

Der bisherige Austausch unter den Teilnehmenden der Konziertierten Aktion mache Mut, zudem sei er ein wichtiges Signal: „Die GdP steht mit ihren Partnerinnen und Partnern zusammen. Wir arbeiten gemeinsam daran, souverän durch diese Krise zu navigieren“, unterstrich der Gewerkschafter. Dabei setze die Gewerkschaft der Polizei auch auf die Schlagkraft des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB): „Wir sind überzeugte Teamplayer mit unseren Schwestergewerkschaften unter dem Dach des DGB“, sagte Kopelke.

Im Oktober sei die Inflation auf über zehn Prozent geklettert. Als Antwort darauf habe man gemeinsam für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst eine stabile Forderung auf den Weg gebracht: 10,5 Prozent mehr, mindestens aber 500 Euro und 200 Euro für Auszubildende. „Dafür hängen wir uns mit unseren Schwestergewerkschaften richtig rein. Zusammen zahlt sich aus“, betonte der GdP-Chef.

Vorbeugen am Abgrund

In diesen ungewissen Zeiten dürfe man die Menschen mit ihren Sorgen nicht allein lassen. „Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Trotzdem haben große Teile der Gesellschaft in der aktuellen Situation ganz konkrete Existenzängste“, stellte der Gewerkschafter fest. Betroffene dürften auf keinen Fall mit daraus resultierenden psychischen Belastungen sich selbst überlassen werden. Hier bedürfe es einer Stärkung von Präventionsarbeit und entsprechender Akteure auf allen politischen Ebenen. Zivilge-

ellschaftliches Engagement, vor allem auch im Ehrenamt, könne man gar nicht hoch genug bewerten und fördern, bekräftigte der Gewerkschafter. Kopelke: „Für die Arbeit der Polizei wünschen wir uns in diesem Zusammenhang mehr Rückendeckung. Unsere Kolleginnen und Kollegen geraten oft als erste in Berührung mit den negativen Auswirkungen problematischer gesellschaftlicher Entwicklungen“.

Vertrauen in den Staat stärken

Der Ton der Menschen untereinander werde zunehmend rauer, auch im Kontakt mit der Polizei. „Die vergangenen zwei Jahre Pandemie haben diese Dynamik mitunter noch verstärkt“, stellte Kopelke fest. Teile der Bevölkerung hätten die Corona-Kommunikation der Bundesregierung als intransparent und sogar irreführend empfunden. Die Folge: demokratiefeindliche Stimmen wurden laut, stellten den Staat in Frage und schreckten auch vor offenen Anfeindungen und sogar Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht zurück. „Die Leidensfähigkeit der Menschen ist am Ende. Die jetzigen finanziellen Rückschläge, die viele erleiden, sind gleichzeitig auch eine unmittelbare Ein-

schränkung persönlicher Freiheit und Lebensqualität. Es ist zu früh, um von Ressourcen- oder Überlebenskampf zu sprechen, aber in großen Teilen der Gesellschaft hat sich immenser Druck aufgebaut. Wenn es uns nicht gelingt, den schnell abzulassen, stellt das eine große Gefahr für die Innere Sicherheit dar“, sagte Kopelke.

Der Staat habe in bestimmten Bevölkerungsgruppen einen Vertrauensverlust erlitten. „Dieses Vertrauen wollen wir zurückgewinnen“, bekräftigte der Gewerkschafter, denn „als Gesellschaft dürfen wir nicht zulassen, dass Menschen aus unserer Mitte in den Sog geistiger Brandstifter geraten. Hass und Hetze sind niemals Antworten auf komplexe Herausforderungen unserer Zeit.“ Der Raum für populistische und verschwörungsideologische Agitation, deren Ziel die Zerstörung der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates sei, müsse durch robustes Handeln konsequent verengt werden, betonte der Gewerkschafter. „Die Themen polizeiliche Krisenfestigkeit und die Absicherung der finanziellen Lebenssituationen unserer Mitglieder wird uns auch im kommenden Jahr beschäftigen. Im Januar gehen wir in die Tarifverhandlungen. Dabei haben wir die Bedürfnisse der aktiven und ehemaligen Polizeibesetzten fest im Blick“, versprach der GdP-Chef. ■

Krisengespräche: GdP-Chef Jochen Kopelke im Kanzleramt.



Titel

ENERGIEKRISE: HOHE WOHNNEBENKOSTEN

Die zweite Miete

In den kommenden Jahren dürften die Wohnnebenkosten deutlich steigen, wegen hoher Energiepreise und der Neufestsetzung der Grundsteuer. Gravierende sozialpolitische Probleme zeichnen sich ab.

Thomas Gesterkamp

Im Juni 2022 bekamen sämtliche Hauseigentümer in Deutschland Post vom Finanzamt. Sie wurden aufgefordert, bis zum 31. Oktober eine gesonderte Steuererklärung für ihre Immobilie abzugeben. Hintergrund ist die 2019 von der damals regierenden Großen Koalition aus CDU und SPD verabschiedete Reform der Grundsteuer. Künftig soll sich die Abgabe am aktuellen Verkehrswert eines Grundstücks orientieren – und nicht mehr an den längst überholten „Einheitswerten“, die in Westdeutschland noch aus dem Jahr 1964 stammen, im Osten gar seit 1935 unverändert geblieben sind.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die bisherige Berechnungsmethode für verfassungswidrig erklärt. Auf den ersten Blick wirkt die Gesetzesänderung, mit der die Vorgabe der obersten Justizbehörde in letzter Minute umgesetzt wurde, wie eine sinnvolle Maßnahme. Schließlich gehört, wer Grund und Boden besitzt, in der Regel nicht zu den ärmeren Schichten der Bevölkerung. Nach Finanzkrise und Euroturbulenzen gingen die Immobilienpreise durch die Decke, die Hausbesitzer verbuchten rasante Wertsteigerungen. Diese Gewinne staatlich stärker abzuschöpfen, ist grundsätzlich richtig. Doch die Neufestsetzung enthält einen gravierenden Makel. Denn der frühere Finanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz änderte nichts daran, dass Vermieter die Grundsteuer weiterhin zu hundert Pro-

zent auf ihre Mieter abwälzen können. Dieses Versäumnis entfaltet nun gesellschaftlichen Sprengstoff.

Neben der Größe eines Grundstücks orientiert sich die Bewertung der Finanzämter demnächst vor allem am sogenannten Bodenrichtwert. Dieser zeigt an, wie attraktiv der Standort einer Immobilie ist: In bürgerlich geprägten Wohngebieten und zentral gelegenen Vierteln liegt er besonders hoch, an der urbanen Peripherie und im ländlichen Raum meist erheblich niedriger. Während Villenbesitzer die demnächst deutlich erhöhte Abgabe leicht schultern dürften, müssen innerstädtische Mieter mit zusätzlichen finanziellen Belastungen rechnen. Und das zu einer Zeit, in der die Nebenkosten des Wohnens angesichts der Energiekrise ohnehin aus dem Ruder laufen.

Psychologischer Verzögerungseffekt

In Hamburg, Frankfurt oder München verschlingen neu bezogene Zwei- oder Dreizimmerwohnungen schnell die Hälfte eines Monatsgehaltes auch von Menschen, die eine gut bezahlte Stelle haben. Wenn zu einer Kaltmiete im vierstelligen Bereich noch mehrere hundert Euro für Gas, Strom, Grundsteuer, Müllentsorgung und Straßenreinigung hinzukommen, werden schnell





die Belastungsgrenzen erreicht. Nicht nur gering Verdienende, auch Familien mit mehreren Kindern und großem Platzbedarf müssen dann umziehen – in weniger beliebte Wohnlagen in den Trabantenstädten, oder gleich in strukturschwache Regionen mit moderateren Preisen.

Anders als an den Zapfsäulen der Tankstellen, wo die inflationären Sprünge täglich gut sichtbar sind, gibt es beim Wohnen einen psychologischen Verzögerungseffekt. Denn abgerechnet wird meist später. Die Nebenkostenaufstellung, die als unliebsame Überraschung eine enorme Steigerung bei der „zweiten Miete“ dokumentiert, erhalten viele Betroffene erst im folgenden Jahr. Die Energieversorger erheben zwar monatliche Abschläge, die schockierend hohe Nachzahlungsforderung wegen der „Gaskrise“ aber wird erst nach dem winterlichen Heizen im nächsten Frühling fällig. Die Finanzbehörden fangen zwar schon jetzt an, die Grundsteuer neu zu bemessen; nach den veränderten Sätzen abgerechnet wird jedoch erst ab 2025.

Drastische Erhöhungen bei den Kosten für Grundbedürfnisse sind stets gefährlich für die Politik, zumindest in einer Demokratie, die auf die Loyalität der Regierten angewiesen ist. Die Historie ist voll von Brotaufständen, erzählt von Revolten gegen Getreidemangel oder militanten Protesten wegen hoher Benzinpreise. Das Problem steigender Mieten schlummert im Vergleich dazu eher im Verborgenen – schon deshalb, weil nicht alle, auch nicht alle Einkommensschwachen, in gleichem Maße davon betroffen sind. Wer zum Beispiel relativ günstig in der Provinz lebt und zufällig nicht mit Gas, sondern vorrangig mit einem alten Kaminofen heizt, spürt die sozialen Verwerfungen weniger als andere.

Regierung unter Druck

Vor allem in den großen Städten steigen die Wohnkosten seit mehr als einem Jahrzehnt drastisch. Viele Menschen können sich nicht mehr leisten, dort zu leben, wo sie arbeiten. Polizisten, Krankenschwestern, Lagerarbeiter oder Erzieherinnen haben wenig Chancen, in der näheren Umgebung eine passende Wohnung zu finden. Wer zu wenig verdient, muss auf günstigere Orte ausweichen – oder pendelt, um das Budget in Grenzen

zu halten. Doch auch im Umland der Metropolen steigen inzwischen die Preise. Als Folge werden die Anfahrtswege länger, sie sind zudem zeitraubend und anstrengend. Fast jeden Tag ein Stau auf der Autobahn, und auch wer mit der Bahn reist, muss Verspätungen einkalkulieren.

Die Bundesregierung steht unter Druck. Das Wohngeld ist zu niedrig, dass (auch noch zu versteuernde) Energiegeld von einmalig 300 Euro wirkt angesichts der Preiserhöhungen bei Strom und Gas wie ein schlechter Witz. Und auch bei der Grundsteuer muss dringend nachgebessert werden. Schon während der Reformdebatte im Jahr 2019 forderte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund, dass Hausbesitzer die Abgabe nicht mehr als Teil der Betriebskosten auf die Bewohnerinnen und Bewohner abwälzen können.

Angesichts relativ niedriger Zinsen und schwankender Aktienkurse sind Immobilien, das sprichwörtliche „Betongold“, sehr lukrativ für Vermögende. Neben privatisierten Wohnungsbaukonzernen tummeln sich auf dem Markt auch spekulative Fonds und ausländische Investoren. Wer Millionen Euro in ein Mietobjekt investieren kann, um daraus Profit zu schlagen, dem tut eine gerechtere Besteuerung nicht weh. Die Wohnungswirtschaft läuft dennoch regelmäßig Sturm gegen alle Vorschläge, die Hausbesitzer belasten. Monoton warnen einflussreiche Lobbyisten vor „mehr Bürokratie“ oder unken, die Eigentümer würden dann einfach die Kaltmiete noch weiter erhöhen.

Es dient dem sozialen Ausgleich, diejenigen zur Kasse zu bitten, die den immer wertvolleren Grund und Boden besitzen. Ein Umlageverbot auf die Miete würde erleichtern, dass sich mehr Durchschnittsverdiener ein Leben in der Nähe ihrer Arbeitsstelle noch leisten können. Das wäre ein wichtiger Schritt im Verteilungskampf um eines der wichtigsten sozialpolitischen Themen der nächsten Jahre: dem Recht auf preiswertes Wohnen. Doch Konservative und Wirtschaftsliberale wollen von solchen Ideen nichts wissen. In der Vorgängerregierung hat Olaf Scholz sich dem Koalitionspartner CDU gebeugt. In der Ampel sollte der SPD-Kanzler mehr sozialpolitisches Profil zeigen – auch gegen den Widerstand seines freideмократischen Nachfolgers Christian Lindner im Finanzressort. ■

Gelesen



Foto: joaheime/stock.adobe.com

MIETKOSTEN

Historisches Sündenregister

Monopoly heißt das Spiel, mit dem schon Heranwachsende lernen, die Regeln der Marktwirtschaft einzuüben. Caren Lay, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraction im Deutschen Bundestag, nennt ihr Buch daher „Wohnopoly“. Die auch jenseits von Parteigrenzen anerkannte Expertin zieht eine schonungslose Bilanz der Versäumnisse der letzten Jahrzehnte. Die Wohnungsfrage sei die soziale Frage unserer Zeit, lautet ihre Kernthese.

Thomas Gesterkamp

Nach Finanzkrise und Euroturbulenzen wurden Immobilien in Deutschland zu Spekulationsobjekten. Caren Lay analysiert die historischen Ursachen der Misere. Sie beschreibt, wie die Kabinette unter Helmut Kohl den sozialen Wohnungsbau vernachlässigten, wie die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder liberalisierte und privatisierte, eine ganze Branche dem sogenannten freien Wettbewerb überließ. Sie erinnert in ihrem „Sündenregister“ daran, dass „viele der Instrumente, die wir heute brauchen, schon mal da waren“. Mietpreisregulierungen zum Beispiel gab es bereits in der Weimarer

Republik. Bis in die 1960er-Jahre hinein wurden sie, unter der CDU-Regierung von Konrad Adenauer, auch in Westdeutschland praktiziert; im Osten waren sie sowieso selbstverständlich.

Der „Mietendeckel“ in Berlin ist also keineswegs eine sozialistische Erfindung, wie die Interessenvertretungen der Wohnungswirtschaft behaupten. Die politische Einflussnahme großer Immobilienunternehmen ist ein zentrales Thema des Buches. Allein im direkten Umfeld der Bundesregierung arbeiten 144 hauptamtliche Lobbyisten zum Thema, sie verfügen über ein Budget von über acht Millionen Euro. Beim Deut-

schen Mieterbund sind es gerade mal vier professionelle Akteure.

In dieser „Bubble, in der sich die politische Klasse bewegt“, so Lay, „werden Studien, Gutachten und Argumentationshilfen erstellt“. Auf Veranstaltungen, bei Abendessen oder Frühstückten im Regierungsviertel sind Abgeordnete den Argumenten der Branche ständig ausgesetzt. „Es ist schwierig, sich nicht vereinnahmen zu lassen und den eigenen Kurs zu halten“, weiß die Autorin aus eigener Erfahrung.

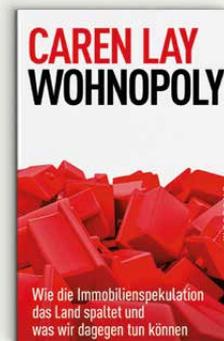
Viele Details, über die Lay schreibt, sind Fachleuten schon lange geläufig. Für andere Interessierte aber bietet sie eine quellenbasierte und mit klaren Thesen gespickte Zusammenfassung. Am Ende skizziert sie in einem „Mietenmanifest“ Auswege und alternative Konzepte. Sie verlangt die Ankerbelugung des nahezu eingestellten gemeinnützigen Wohnungsbaus, ruft zur Gründung von Genossenschaften auf und fordert eine drastische Besteuerung der Spekulation. Vor allem drängt sie auf eine breite Kooperation aller, die etwas ändern wollen: „Ohne Druck von unten geht es nicht.“ ■

Caren Lay

Diplom-Soziologin, studierte Politik und Frauenforschung in Marburg, Frankfurt/Main, Pennsylvania (USA) und Berlin. Seit Anfang der 2000er Jahre in der Politik aktiv.



Foto: Anja Müller



Caren Lay: Wohnopoly. Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können

Westend Verlag, Frankfurt/Main 2022, 208 Seiten, 20 Euro, ISBN 978-3864893735

Innenleben

BUNDESSENIORENVORSTAND

Ein Zeichen der Solidarität

Mitte Oktober tagte der Bundesseniorenvorstand (BSV) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in seiner ersten Sitzung nach dem Bundeskongress in Berlin. Das Gremium war sich einig: In diesen bewegten Zeiten der Unsicherheit gelte es, die Bedürfnisse der Mitglieder noch fester in den Blick zu nehmen. Eine Sitzung im Zeichen der Solidarität.

Gudrun Hoffmann



Der Bundesseniorenvorstand (BSV) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit Hagen Husgen (5.v.r.), zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand für die Senioren...



... und der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke (3.v.r.) bei der BSV-Sitzung in der Berliner Bundesgeschäftsstelle.

Im Blick des Gremiums, an dessen Beratungen zum ersten Mal der neu für die Seniorenarbeit zuständige Kollege des Ge-

schäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, Hagen Husgen, teilnahm, lag vor allem die Mitgliederentwicklung. Eine BSV-Arbeits-

gruppe unter Leitung des Bremer Seniorenchefs Heinfried Keithahn stellte dazu die Ergebnisse einer Tagung im Juni vor.

Für das Team um den Bundesseniorenvorsitzenden Ewald Gerke war klar: Die Seniorengruppen in den Bezirken leisten eine hervorragende Arbeit. Nicht zuletzt auch wegen der Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“.

Kontakte intensivieren

Man wolle den Kontakt in die Mitgliedschaft künftig noch weiter stärken. Gerade in diesen bewegten Zeiten der Ungewissheit, stehe die GdP als verlässliche Partnerin hinter ihren Mitgliedern, betonte Gerke. Nach der Vorstellung der Arbeitsgruppe solle der Kontakt durch speziell geschulte Vertrauensleute intensiviert werden. Sie könnten künftig als verlässliche Ansprechpersonen für Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg in den Ruhestand fungieren. Denn, auch in diesem Punkt war das Gremium sich einig: Das Engagement in der Seniorengruppe ist eine Bereicherung – sowohl für die Mitwirkenden als auch für die Mitglieder.

Unter den Tisch gefallen

Die Belange der Lebensälteren fielen im Alltag oft unter den Tisch. „Wir wollen auch künftig eine laute Stimme für die Anliegen der Seniorinnen und Senioren sein“, unterstrich der GdP-Seniorenchef. Gesagt, getan: Nach Bekanntwerden der Verweigerung der Sächsischen Landesregierung, ihren Versorgungsempfängerinnen und -empfängern die Energiepreispauschale auszuzahlen, erhoben die GdP-Bundessenioren prompt ihre Stimme. Öffentlichkeitswirksam forderten sie die Regierung des Freistaates zur Auszahlung auf. Gerke verwies auf die stetig steigenden Lebenshaltungskosten, unter denen in besonderem Maße die Lebensälteren litten.

Föderalismus hin oder her: Im Sinne der Solidarität müsse auch der Freistaat Sachsen der Fürsorgepflicht gegenüber ihren Versorgungsempfängerinnen und -empfängern nachkommen, betonte der Bundesseniorenvorsitzende. Die Bundesseniorengruppe werde auch in der Zukunft ein wachsames Auge auf die Belange der Lebensälteren haben, versprach der Gewerkschafter. ■

Vor Ort



Der stellvertretende Bundesvorsitzende der JUNGE GRUPPE (GdP) Jannik Wessels (l.) folgte der Einladung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.

JUNGE GRUPPE (GdP) BEIM BUNDESPRÄSIDENTEN

„Wir müssen als Gesellschaft wieder enger zusammenrücken“

Der stellvertretende Vorsitzende der JUNGE GRUPPE (GdP) Jannik Wessels folgte im Oktober der Einladung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ins Schloss Bellevue. Auf der Veranstaltung „Alles stärken, was uns verbindet – Deutschland im Epochenbruch“ betonte Steinmeier: Nur mit Engagement und Widerstandsgeist der Bürgerinnen und Bürger sei diesem beizukommen. Ein Rückblick.

Jana Biesterfeldt

Gemeinsam mit vier weiteren Vertretern aus den Schwestergewerkschaften IG Metall und ver.di des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war der Bremer Polizist Jannik Wessels zu Gast im Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten.

In Anlehnung an den Titel der Veranstaltung stimmte Frank-Walter Steinmeier die Bürgerinnen und Bürger auf härtere Zeiten ein. Diese seien nur gemeinsam zu bewältigen. Im anschließenden persönlichen Gespräch mit dem deutschen Staatsoberhaupt sprach Wessels über die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und deren Bedeutung für die Polizei.

„Für Polizeibeschäftigte ist es unmittelbar und am eigenen Leibe spürbar, wenn die Gesellschaft auseinanderdriftet“, sagte der junge Gewerkschafter im Gespräch mit Steinmeier. Wessels drückte dem Politiker gegenüber seine Dankbarkeit aus, dass dieser genau das in seiner Rede aufgegriffen habe.

„Wir müssen als Gesellschaft wieder enger zusammenrücken und Solidarität leben“, sagte der JUNGE-GRUPPE-Vize und betonte: „Soziales Engagement kann man gar nicht hoch genug bewerten. Das ist der Kleber, der unsere Gesellschaft zusammenhält.“ Ein soziales Jahr für die junge Bevölkerung sei unter anderem ein wichtiger Baustein für ein Verständnis von Gesellschaft. „Es fehlt bei vielen Leuten an Verständnis von Gemeinschaftsgut“, stellte Wessels fest. Ihm sei es wichtig zu betonen, dass jeder und jede einzelne in der Gesellschaft einen Beitrag leisten müsse und könne. Die Gesellschaft besser machen, gelinge nur gemeinsam, da stimme er dem Bundespräsidenten zu. Besonders die jüngere Generation, so der Bremer Polizeibeamte, sehe er in der Pflicht. „Wir können uns alle einbringen in dieser Demokratie, über die Politik und über das Machen.“

Dieser Anspruch käme auch der Polizei zugute, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat und der Gesellschaft verbunden fühlten. Für die zunehmende Aggression und die Gewalt gegen die Polizei als Repräsentant des Staates und dadurch auch Repräsentant der Gesellschaft habe er kein Verständnis.

In seiner Rede lobte der Bundespräsident vor ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern den „Widerstandsgeist“ der Deutschen. Wessels: „Dazu gehört auch die Polizei, die besonders in den letzten Jahren der Pandemie viel geleistet hat und nun auch in



Die persönliche Einladung des Bundespräsidialamtes an Jannik Wessels.

Zeiten von Krieg, Inflation und Klimakrise herausfordernde Arbeit leisten muss.“

Der Gewerkschafter konnte im Rahmen der Veranstaltung die Kampagne der JUNGEN GRUPPE (GdP) „Grundgesetz – Unsere Verantwortung“ im Bundespräsidialamt platzieren und stieß dabei auf Begeisterung. Mehr davon!

Steinmeier schloss seine Rede mit einer Handlungsaufforderung, die er, so der stellvertretende Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE der Gewerkschaft der Polizei, nur unterschreiben könne: „Vertrauen wir einander – und vertrauen wir uns selbst! Und lassen wir uns nicht entmutigen vom Gegenwind, der uns in dieser neuen Zeit entgegenweht. Es kommt nicht darauf an, dass alle dasselbe tun – aber dass wir eines gemeinsam im Sinn haben: alles zu stärken, was uns verbindet!“ ■

Foto: Wessels

ANZEIGE

Jetzt Extra-Rabatt sichern!
gdp.de/gdp-plus





Die Bundestarifkommission beriet Mitte Oktober in Berlin die im Januar beginnende Tarifrunde 2023 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen.

TARIFRUNDE 2023 – BUND UND KOMMUNEN

Die Forderung steht

Mitte Oktober traf sich die Bundestarifkommission (BTK) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin. Anlass waren die Vorzeichen der im Januar beginnenden Tarifrunde 2023 für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen – und vor allem das Aufstellen der Tarifforderung. DP-Autor und bayerisches Mitglied der GdP-Bundestarifkommission Reinhard Brunner war mittendrin.

Reinhard Brunner



Foto: privat

Im Beisein des neuen GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke, des GdP-Tarifexperten und Bundesvize René Klemmer sowie weiteren Bundesvorstandsmitgliedern erörterte die BTK intensiv die Forderungen für die anstehenden Tarifverhandlungen (TVöD). An dieser Stelle sei erwähnt, dass in der BTK die Tarifbeschäftigten selbst ihre Tarifforderungen aufstellen, unabhängig von anderen GdP-Funktionsträgern.

Schwierige Zeiten

Die Tarifverhandlungen finden in schwierigen Zeiten statt, das war jedem BTK-Mitglied klar. Hohe Inflation, Energiekrise, die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine fordern den öffentlichen Dienst personell und organisatorisch massiv heraus. Um welche Themen geht es also in der TVöD-Runde

2023: Mehr Gehalt, kürzere Arbeitszeit bei gleicher Bezahlung, Sonderprämien, Einmalzahlungen?

Was viele nicht wissen ist, dass solche Tarifverhandlungen einen langen Planungsvorlauf haben. Vier bis fünf Monate vor der Aufstellung der Forderung beginnen bereits die Vorarbeiten. Wir gehen übrigens seit jeher nach dem „Tannenbaumprinzip“ von unten nach oben vor! Etwas anderes kommt für uns nicht in Frage!

Damit ist gemeint, dass wir Euch – unsere Mitglieder – bundesweit befragen, um für die Tarifverhandlungen Daten, Fakten sowie Vorschläge, Ideen und Hintergründe zu erhalten. Angefangen in den Kreisgruppen, über die Bezirksgruppen, den Landesbezirken und Bezirken bis hin zu den Mitgliedern in der BTK, die sich nach der Übermittlung Eurer Vorstellungen auf fachlicher Basis mit dieser Thematik eingehend beschäftigen.

Andere selbsterklärte Mitkonkurrenten erstellen ihre vagen Forderungen nur aus den Kreisen der höchsten Vorstandsebenen, und so verlieren sie die Sichtweise der Basis! Wir von der GdP im Verbund mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gehen seit Jahrzehnten einen völlig anderen Weg! Wir fragen Euch, denn ihr wisst, wo der Schuh drückt!

Vorschläge wie Entgelterhöhung von 15 Prozent, Erhöhung des Jahresurlaubes auf 31 Tage, zusätzliche Stärkung der unteren Entgeltgruppen (EG) 1 bis 8, Laufzeit von 12 oder 24 Monate, kamen aus der Basis der GdP. Ebenso die Einführung einer Differenzierungsklausel nur für Gewerkschaftsmitglieder oder die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden.

Diese und noch viel mehr Forderungen kamen von Euch!

An dieser Stelle möchten wir, die Mitglieder der BTK, für diese tollen und kreativen Vorschläge einfach mal DANKE sagen!

... Und an diesem Punkt auch gleich wieder einen Aufruf an Euch starten! Teilt uns weiterhin eure Vorstellungen mit, bringt Euch weiter ein, denn das ist aktive Gewerkschaftsarbeit und gelebte Demokratie! Wir sind die größte Polizeigewerkschaft in Deutschland (und darüber hinaus) mit den meisten organisierten Tarifmitgliedern, und das ist unser gemeinsamer Erfolg!

Fragen stellen

Um Vorschläge zielführend zu bearbeiten, beschäftigt sich innerhalb der BTK eine Arbeitsgruppe mit den einzelnen Themenfeldern. Das führt zwangsläufig zu zahlreichen Fragen. Wie wirkt sich zum Beispiel eine Mindestforderung von 10,5 Prozent Gehaltserhöhung auf die einzelnen Entgeltgruppen aus? Vieles muss beachtet werden, um das große Ganze im Bereich des TVöD nicht aus den Augen zu verlieren.

In diese Diskussionen fließen auch aktuelle Wirtschaftsdaten wie die derzeitige und die prognostizierte Inflationsrate für das Jahr 2023 ein. Ebenso die Konjunkturdaten, die aus dem Frühjahrs- und Herbstgutachten bekannt sind.

Am Ende ist es die herausfordernde Kernaufgabe der BTK, aus diesen vielfältigen Daten und Euren Vorstellungen einen tragfähigen Forderungsbeschluss der GdP zu schnü-

ren. Auch in der diesjährigen Sitzung gab es ein vielfältiges Für und Wider, jedoch haben wir uns auf einen Beschluss geeinigt – leicht war das nicht.

Wir, die federführenden Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen im Gewerkschaftsverbund des DGB – ver.di, GdP, GEW und IG BAU – haben unsere gemeinsame Tarifforderung für die anstehenden Tarifverhandlungen im Bereich des TVöD auf einer gemeinsamen Sitzung der öD-Gewerkschaften am 11. Oktober 2022 beschlossen.

Die Kernpunkte lauten:

- **10,5 Prozent – mindestens aber 500 Euro**
- **12 Monate Laufzeit**
- **200 Euro für Auszubildende**

Natürlich ist das nicht alles, doch wollen und werden wir dies derzeit nicht öffentlich machen. Das bekommt die Arbeitgeberseite noch früh genug mit!

Und mit dem in unserer BTK-Sitzung erarbeiteten GdP-Tarif-Slogan „ZUSAMMEN zahlt sich aus“ oder #ZUSAMMENzahltsichaus (für die sozialen Medien) machen wir deutlich – und hoffentlich auch der Arbeitgeberseite –, dass wir nur gemeinsam durch diese Krise kommen. Uns, also der Gewerkschaftsseite, ist das ganz klar und bewusst. Die Arbeitgeberseite braucht uns Beschäftigte im öffentlichen Dienst! Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten hervorragende Arbeit für die Menschen in unserem Land! Und das muss sich auch für diese finanziell lohnen!

Für die Ziele kämpfen

Tarifbeschäftigte wie Beamtinnen und Beamte sind aufgerufen, gemeinsam für unseren Tarifabschluss zu kämpfen. Denn die Übertragung des Tarifabschlusses soll auch für den Beamtenbereich und die Versorgungsempfänger erreicht werden.

Eines ist uns jetzt schon klar: Leicht wird es nicht, in dieser Tarifrunde unsere Ziele zu erreichen! Die Arbeitgeberseite wird wieder Zahlenspiele zu ihren Gunsten berechnen, und wir von der GdP dagegenhalten! Wir sind harte Verhandlungspartner auf Augenhöhe und stehen gemeinsam an der Verhandlungsspitze, um uns für Eure Forderungen einzusetzen.

Natürlich wissen wir auch um die Signalwirkung dieser Tarifrunde für die nächsten Tarifverhandlungen im Bereich der Länder, die dann im Oktober 2023 beginnen werden. Tarifbeschäftigte für einen erfolgreichen Tarifabschluss sowie im Nachgang die Übertragung auf den Beamtenbereich und die Versorgungsempfänger, das muss unser Plan sein! Jedem Beteiligten sollte klar werden, nur gemeinsam, womöglich auch mit Aktionen oder härteren Maßnahmen werden wir unser Ziel erreichen!

GdP – GEMEINSAM für erfolgreiche Tarifabschlüsse, getreu unserem Slogan: ZUSAMMEN zahlt sich aus! ■

ANZEIGE

15% Rabatt AUF ALLES*

GdP-Plus Partner

FINDE JETZT DEINE SCHMUCKFAVORITEN!

THE JEWELLER

www.thejewellershop.com

*Ausgenommen sind Produkte mit zertifizierten GIA- und IGI-Diamanten sowie Geschenkgutscheine. Gültig bis einschließlich 01.01.2023. Kein Mindestbestellwert. Nicht kombinierbar mit anderen Rabatt-Aktionen oder Gutscheinen.

Vor Ort

Bundesjustizminister Marco Buschmann (l.) und GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke im Gespräch.

20. JAHRE DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION (DFK)

Prävention für eine sichere Gesellschaft

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gratuliert: Bundesvorsitzender Jochen Kopelke nahm Ende Oktober am prominent besetzten Festakt zur Feier des 20-jährigen Bestehens der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) in Berlin teil.

Jana Biesterfeldt

GdP-Chef Kopelke würdigte die gesamtgesellschaftliche Arbeit der Stiftung. Die GdP gehört seit der Gründung der Stiftung im Jahr 2001 zum Kuratorium.

Die Stiftung führt Teile der Gesellschaft zusammen, um alle Möglichkeiten der Prävention auszuschöpfen, Kriminalität gar nicht entstehen zu lassen. Zu ihren Schwerpunkten gehören unter anderem Gewaltprävention für jüngere Menschen und Prävention von Häuslicher Gewalt, aber auch der Einbruchschutz.

„Nachhaltige Gewaltprävention kann nur gelingen durch zielgerichtete Präventionsprogramme und Vernetzung relevanter Akteure. Das DFK bietet seit 20 Jahren seine fachliche Expertise unter dem Leitbild Prävention als Aufgabe jedes Einzelnen und aller Behörden zu verstehen. Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt diese Arbeit vollumfänglich“, unterstrich der GdP-Bundesvorsitzende.

Am Rande des Festaktes in der baden-württembergischen Landesvertretung in der Hauptstadt trat Kopelke zudem mit Bundesjustizminister Marco Buschmann in einer kurzen Meinungs-austausch und traf auf weitere Akteure aus Politik, Gesellschaft und der bundesweiten Präventionsarbeit. ■

ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutz



Maximale Sicherheit im Straßenverkehr für Dich und Deine Familie

Der Verkehrs-Rechtsschutz von **ADVOCARD**
hilft schnell, unbürokratisch und flexibel.
Für Dich u.a. als

- Eigentümer, Halter oder Insasse
- Mieter von Mietwagen
- Fahrer fremder Fahrzeuge
- Fahrgast, Fußgänger und Radfahrer

Wahlweise als Single- oder Familien-/Partner-Tarif

**Speziell für GdP-Mitglieder
günstig und leistungsstark!**

- Jahresbeitrag 70 € (Single-Tarif)
- Keine Selbstbeteiligung im Rechtsschutzfall
- Sofortiger Leistungsanspruch ohne Wartezeit
- Telefonische Rechtsberatung und Online-Rechtsberatung per Chat



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-167/168/169 · Telefax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Advocard
ANWALTS LIEBLING



**Gewerkschaft
der Polizei**

Alles was Du brauchst
und wissen musst
findest Du über diesen
QR-Code oder unter
diesem Link:



<https://osg-werbemittel.de/advocard>

Gerne beantwortet Dir **Diana Lühr**
telefonisch oder per E-Mail alle
weiteren Fragen.

Telefon 0211 7104202
diana.luehr@gdp.de



Foto: Gerd Cassel/stock.adobe.com

ILLEGALEN MÜLLHANDEL STOPPEN

Bringt der Green Deal den Durchbruch?

Der illegale Handel mit Müll gehört neben dem Drogen- und Menschenhandel zu den gewinnbringendsten Aktivitäten organisierter Kriminalität. Besonders dramatisch ist der boomende Handel mit Plastikabfällen. Der europäische Green Deal sieht vor, dass die Europäische Union (EU) künftig keine Abfälle mehr exportiert – entsprechend plant Brüssel schärfere Vorschriften.

Kristina Franke

Abfall ist beliebtes Handelsgut

In den vergangenen Jahren ist Abfall ein immer beliebteres Handelsgut geworden. Grund dafür ist, dass Recycling je nach Art der Abfälle in einigen Ländern effizien-

ter möglich ist als in anderen. Nach Angaben des Umweltbundsamtes importierte Deutschland im Jahr 2021 knapp 5,6 Millionen Tonnen „notifizierungspflichtigen“ Abfall, also Abfall, der besonders überwacht wird, damit er nicht unkontrolliert gehandelt wird. Gleichzeitig exportierte Deutsch-

land 4,5 Millionen Tonnen. Dieser legale grenzüberschreitende Abfalltransport ist notwendig, um eine effiziente Kreislaufwirtschaft am Laufen zu halten. Denn dabei entstehen sogenannte Sekundärrohstoffe, mit denen Ressourcen geschont werden und Kohlendioxid (CO₂) eingespart wird. Die Schattenseite: Obwohl der Handel strengen Vorschriften unterliegt, nehmen illegale Aktivitäten in Europa und auf der ganzen Welt zu. Allein die Polizei in Deutschland hat im vergangenen Jahr 251 Fälle von rechtswidrigem Müllhandel registriert. Peter Kurth, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE), verurteilt die illegalen Exporte scharf. Es handle sich in jedem Einzelfall um „eine Straftat, die bestraft und verfolgt gehört“.

Plastikmüll-Mafia im Aufwind

Ernesto Bianchi vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung schätzt, dass im illegalen Müllhandel weltweit jährlich elf bis zwölf Milliarden Euro umgesetzt werden. Das Problem betrifft zunehmend den Plastikmüll. Vor allem seit China Anfang 2018

seine Grenzen für minderwertige Plastikabfälle aus dem Ausland geschlossen hat, nimmt der illegale Handel und die unerlaubte Beseitigung von Plastikmüll weltweit rasant Fahrt auf. Denn viele Länder verschiffen ihren Müll stattdessen in andere südasiatische Zielländer wie Indien, Malaysia oder Indonesien, die laut Interpol mit den großen Müllmengen überfordert sind. Hinzu kommt, dass Kunststoffe nur mit hohem Kostenaufwand voneinander getrennt werden können und die meisten Plastikabfälle – selbst, wenn sie technologisch wiederverwendbar wären – wirtschaftlich gesehen kaum etwas wert sind. Das führt dazu, dass Kriminelle sich den Handel mit den Abfällen zu eigen machen und tausende Tonnen auf illegalen Recyclinganlagen und Deponien landen oder verbrannt werden. Diesem Thema widmet sich auch der aktuelle ARD-Dokumentarfilm „Die Recycling-Lüge“. Die Jour-

nalisten und Filmproduzenten Tom Costello und Benedict Wermter gehen in ihrer Doku sogar so weit zu behaupten, dass Plastik-Recycling nichts als eine große Illusion sei, hinter der sich ein System der Korruption verberge. Auch Helmut Maurer, Umweltexperte der Europäischen Kommission, kommt in dem Film zu Wort. Er sieht bei der Wiederverwertung von Plastikmüll „keine entscheidenden Lösungsansätze“ – und verweist auf die Abfallhierarchie als wichtigen Bestandteil des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Oberste Priorität, wie mit der Plastikkrise umzugehen sei, habe demnach nicht das Recycling, sondern die Vermeidung von Müll.

EU plant schärfere Vorschriften

Als Teil des europäischen Green Deals möchte die EU-Kommission illegale Müllexporte

künftig stärker eindämmen. EU-Unternehmen, die Abfälle exportieren oder transportieren, müssen sich auf neue Vorschriften einstellen. Die Kommission hat dazu im November 2021 eine Änderung der Verordnung zur Verbringung von Abfällen (1013/2006) vorgeschlagen, mit der sie unter anderem erreichen will, dass Müll nicht mehr in ärmere Drittstaaten außerhalb der OECD-Gruppe gebracht wird, wo er möglicherweise nicht umweltgerecht entsorgt werden kann. „Unsere neuen Vorschriften für die Abfallverbringung werden die Kreislaufwirtschaft fördern und sicherstellen, dass Abfallausfuhren der EU auch anderswo weder der Umwelt noch der menschlichen Gesundheit schaden“, sagte der für den Green Deal zuständige Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans. ■

ANZEIGE



GigaMobil - Tarife

33 % Rabatt für alle
Mitarbeiter:innen und
Mitglieder der GdP

nur online



GdP-Plus
Partner



☎ 0911 / 47 733 733

🌐 <https://gdp.vorteilsangebote.de>

NACHRUF AUF MARTINA FILLA

Eine Kämpferin mit Herz ist von uns gegangen – Du fehlst

Erika Krause-Schöne



Liebe Martina – unsere Tina. Die Nachricht, dass Du von uns gegangen bist, hat uns tief getroffen.

16 Jahre haben wir gemeinsam in unserer Vorstandsarbeit in der Frauengruppe Bund gelacht, gestritten, Wege gesucht, sie gefunden, und wir haben die Interessen von uns Frauen im Berufsalltag der Polizei aufgezeigt und durchgesetzt – für Tarif, Verwaltung und Vollzug.

Gerade Du hast immer auf die Situation der Frauen, besonders im Tarifbereich in den unteren Entgeltgruppen, hingewiesen. In unseren gewerkschaftlichen Sitzungen haben wir diskutiert, wie wir uns Frauen in der GdP nicht nur Gehör, sondern auch Mitbestimmung und Sichtbarkeit verschaffen können. An diesen langen Tagen und vielen Abenden und Nächten warst Du engagierte Rat- und Impulsgeberin. Deine Ideen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind bis heute unser Maßstab und Grundlage für die Fortentwicklung dieser Arbeit zu Vereinbarkeit von Leben und Arbeit.

Warum Altersarmut weiblich ist, hast Du zu einem Markenthema in unserer gewerkschaftlichen Arbeit gemacht. Du hast aufgezeigt, welche Konsequenzen ein berufliches Leben in Teilzeit und ohne Aufstiegschancen auf die Renten oder Pensionen für Frauen hat.

Den Kollegen und gewerkschaftlichen Mitstreitern hast Du gesagt, ohne Frauengruppe geht KEINE Gewerkschaftsarbeit, und ohne Frauen gibt es keinen Erfolg. Dabei waren Dir Funktions- und Hierarchieebenen kein Hindernis.

Du hast kein Blatt vor dem Mund genommen und bist immer direkt für uns Frauen in die Bütt gegangen. Deine Stimme, dein Blick über den Brillenrand, deine rheinische Frohnatur – dein Lachen, es fehlt uns!

Liebe Martina, wir verneigen uns vor Dir für Deine unermüdliche Arbeit für die Frauen in der Polizei, in der GdP. Du wirst immer einen Platz in unseren Herzen haben. ■

Innenleben



Foto: Fidan Düz

Freuen sich über die gelungene Spendenaktion (v.l.n.r.): Sibylle Krause, Christiane Feichtmeier, Jochen Kopelke und Erika Krause-Schöne.

INITIATIVE DER GdP FRAUENGRUPPE

Spende für den Kampf gegen Brustkrebs!

Fidan Düz

Diagnose Brustkrebs – Ein Befund, der Angst macht. Heute ist Brustkrebs die häufigste Erkrankung bei Frauen. Zur Unterstützung der Brustkrebsforschung hat die

Frauengruppe (Bund) Spenden auf dem 27. GdP-Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im vergangenen September gesammelt. Diese Summe war von der GdP-Kreisgruppe München-Mitte noch einmal aufgestockt worden.

„Die gesammelten 2.000 Euro für den Verein Brustkrebs Deutschland e. V. sind ein Zeichen der Solidarität, was uns mit Stolz erfüllt. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern für ihre große Unterstützung. Ihr seid großartig“, betonte Erika Krause Schöne, Bundesfrauenvorsitzende der GdP-Frauengruppe

Hintergrund der Aktion war der alljährliche Weltbrustkrebstag am 1. Oktober. ■

ANZEIGE



11 Marken. 30 Autohäuser. 1 Team.
www.brass-gruppe.de



GdP-Plus
Partner

brass

Alles für Dich drin!



GdP-Plus
Partner

Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote. Euer Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen.

Jetzt einloggen und Vorteile checken! www.gdp.de/GdP-Plus

Kraemer
IHR JUWELIER MIT HERZ

B.O.C.
Da fahr' ich am besten!

GOT BAG.

PAUL HEWITT
ANCHORED TO THE OCEAN

PELTON

THE JEWELLER

MYBIKES-
SHOP.DE

T . . .

deinSchrank.de®
Dein Zuhause. Deine Idee.

BB Bank

LEDLENSER

vodafone

Avast

CONRAD

brass
Geht's ums Auto, geh' zu brass.

sky

LOWA
PROFESSIONAL

Leasing & Service AG
Das clevere Fahrradleasing

Hast Du Fragen oder Anregungen? Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an. Wir helfen Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de Telefon 0211 7104-0

Hilfreich

Kraemer
IHR JUWELIER MIT HERZ



EINE STARKE PARTNERSCHAFT FÜR EUCH

GdP-Plus Partner

Unser Vorteilsprogramm, exklusiv für Euch! Attraktive Unternehmen präsentieren spannende Angebote speziell für die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Starke Partner – attraktive Angebote

Zeit für schicke Weihnachtsgeschenke. Der **Juwelier Kraemer** startet am 1. Dezember im GdP-Plus Mitgliedsprogramm.

Weitere Branchen folgen

GdP-Plus Partner wird stetig ausgebaut. Ihr dürft gespannt sein. Namhafte Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sol-

len folgen. Wer das sein wird, erfahrt Ihr in Eurer DP. Jeder neue Partner präsentiert sich auf unseren Seiten zu Beginn der GdP-Plus Partnerschaft und wird Euch dort regelmäßig über seine Angebote informieren.

Laufende Information auf Social-Media-Kanälen

Mit Posts auf den Social-Media-Plattformen Facebook und Instagram der GdP Bund hal-

ten wir Euch über das GdP-Plus Partner-Programm auf dem Laufenden. Auch deswegen lohnt es sich also, die GdP Bund auf diesen Kanälen zu abonnieren!

Der Weg zu den Angeboten

Der Weg zu Eurem GdP-Plus Partner-Angebot ist ganz einfach: in Eurem Browser die Adresse **www.gdp.de/gdp-plus** eingeben, und schon kommt Ihr auf die Seite mit der Übersicht unserer Partner.

Wenn Ihr mit der Maus über das Logo eines Partners fahrt, findet Ihr eine kurze Erklärung seines Angebotes. Einfach auf den Link klicken und mit dem Easy-Login anmelden. Das Login bekommt Ihr auf der Seite ausführlich erklärt. Auf geht's zu den exklusiven Angeboten und viel Spaß beim Stöbern – in eurem GdP-Plus Partner-Programm! ■

ANZEIGE

Kraemer
IHR JUWELIER MIT HERZ

Gutes tun & Gutes tun!

Mit Ihrer Arbeit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Dafür verdienen Sie großen Dank. Wussten Sie, dass Sie bei Juwelier Kraemer auch Gutes tun?

Mit jedem Kauf unterstützen Sie das herausragende soziale Engagement der Gold-Kraemer-Stiftung.



Mehr darüber:
www.juweliere-kraemer.de/mit-stifter



GdP-Partner-Rabatt:

10%*

*exklusiv für alle GdP-Mitglieder. Gültig in allen Filialen und online: www.juweliere-kraemer.de



24/7
ONLINE



www.juweliere-kraemer.de

Hingeschaut

DEUTSCH-POLNISCHE
POLIZEIZUSAMMENARBEIT

Zeitenwende

Grenzen überwinden – durch Sprache und Polizeiarbeit. Das leisten deutsch-polnische Polizistinnen und Polizisten an der gemeinsamen Grenze seit 2007. Das „Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei und Zollzusammenarbeit“ (GZ) sichert die direkte polizeiliche Kooperation der beiden Länder. DP-Autor Uwe Bräuning über die „Pioniere“ der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit und deren zwischenmenschlichen deutsch-polnischen Erfolge.

Uwe Bräuning

14. Dezember 2007: Am Autobahngrenzübergang Frankfurt (Oder)-Swiecko, der größten Übergangsstelle an der deutsch-polnischen Grenze, herrschte die übliche Routine. Innerhalb der Abfertigungsspuren bemühten sich deutsche und polnische Passkontrolleure, den Verkehr so schnell und reibungslos wie möglich abzufertigen. Ohne ihre eigentliche Hauptaufgabe, die Bekämpfung der facettenreichen grenzüberschreitenden Kriminalität, nicht völlig aus den Augen zu verlieren. Ein Spagat, der aufgrund des stetig zunehmenden Grenzverkehrs, an den Grenzübergängen immer weniger gelang.

Freie Fahrt für freie Bürger

Auf dem ersten Blick deutete nichts darauf hin, dass diesem Grenzübergang wie der gesamten Region an der über vierhundert Kilometer langen deutsch-polnischen Staatsgrenze enorme Veränderungen ins Haus stünden. Eine Woche noch, dann würde die Republik Polen dem „Schengener Abkommen“ beitreten. Spätestens zu diesem Termin sollten an diesem Grenzübergang wie an allen anderen zwischen Ahlbeck und Zittau auch dauerhaft die Schlagbäume hochgehen. Freie Fahrt für freie Bürger!

Wie üblich, gehen derartige Veränderungen mit schmerzlichen Einschnitten einher. Den bislang an der Grenze tätigen Angehörigen der Bundespolizei und des polnischen Grenzschutzes stand eine Zeit voller beruflicher Unsicherheiten bevor. Niemand wusste, ob er demnächst noch in der Region verbleiben darf oder seinen Dienst künftig anderen Ortes, weit entfernt von der deutsch-polnischen Grenze, verrichten muss.

Wo sonst?

Die anstehende Zeitenwende verursachte aber nicht nur Abschiedsstimmungen. Für die an jenem Tag zum ersten Mal das Terrain des Autobahngrenzübergangs in Augenschein nehmende kleine, aus Angehörigen der Brandenburger Landespolizei bestehende Gruppe, bedeutete die Veränderung des Grenzregimes gleichzeitig den Beginn



Blick auf das Abfertigungsgebäude des Autobahngrenzübergangs Frankfurt (Oder) / Swiecko, am 15. Dezember 2007.

einer neuen beruflichen Herausforderung: der Dienst im zukünftigen „Gemeinsamen Zentrum der deutsch-polnischen Polizei und Zollzusammenarbeit“, das offiziell am 21. Dezember 2007 im bisherigen Abfertigungsgebäude seine Tätigkeit aufnehmen sollte.

Die Entscheidung für das mit imposanten Glasfassaden versehene Gebäude als Sitz eines rund um die Uhr besetzten Kooperationszentrums deutscher und polnischer Sicherheitsbehörden hatte die Politik wahrscheinlich wegen der besonderen Symbolik der direkten Lage an der vielbefahrenen, von den Niederlanden bis nach Warschau

führenden „Europastraße 30“ innewohnt, getroffen. Wo, wenn nicht hier, konnte die grenzüberschreitende Polizeikooperation eindrucksvoller repräsentiert werden als in dieser, einen großen Teil Europas durchquerenden und verbindenden Autobahn?

Späte Entscheidung

Die Entscheidung für den Sitz des „GZ“ fiel relativ spät. Aber auch der Entschluss der Politik die polnische Grenze Ende des Jahres 2007 zu öffnen, kam für viele zunächst über-

ANZEIGE



WELTWEIT ERSTER RUCKSACK
AUS OCEAN IMPACT PLASTIC

10%
FÜR DICH

www.got-bag.com



GOT
BAG.



Während die Vorbereitungen für die Aufnahme des Dienstbetriebes in Swiecko bereits auf Hochtouren liefen, fanden draußen noch immer Grenzkontrollen statt.



Prüfender Blick: Installation von Arbeitstechnik.

raschend. Zwar stand der Beitritt Polens zum „Schengener Abkommen“, vor allem nach der im Jahr 2004 vollzogenen Aufnahme in die

„Europäische Union“, nie zur Disposition, aber die warnenden Stimmen vor den Folgen eines übereilten Verzichts auf die stati-

onären Grenzkontrollen, erschienen in der Oberhand. Manche Politiker und Sicherheitsexperten sahen Polen gar erst in zehn oder fünfzehn Jahren innerhalb der „grenzenlosen Schengen-Familie“. Plötzlich sollte alles schnell gehen. Die Dynamik des Augenblicks überraschte unter anderem auch das damalige Polizeipräsidium Frankfurt (Oder), aus deren Reihen das für den Dienst im GZ bestimmte Kontingent der Brandenburger Landespolizei ausgewählt werden sollte.

In den Herbsttagen des Jahres 2007 erhielten zunächst einmal all jene Polizistinnen und Polizisten einen Anruf, die in der Vergangenheit an mehreren polnischen Sprachkursen teilgenommen hatten. So erging es damals auch mir. Ich war zu dieser Zeit im Lagezentrum des Präsidiums tätig. Das Angebot zum Ende des Jahres eine neue berufliche Herausforderung anzutreten, reizte mich schon sehr. Auch wenn mir mein Gesprächspartner aus den Reihen „der Führung“ bezüglich der konkreten Aufgabenstellung, nichts anderes sagen konnte, als dass wir dort direkt mit der polnischen Polizei zusammenarbeiten würden. Direkt bedeutet in diesem Fall, in ein und demselben Raum.

Die knappe Aussage, verbunden mit einem ohnehin bereits seit Längerem in meinem Inneren schwelenden Wunsch auf berufliche Veränderungen, genügte für eine Zusage meinerseits.

Zunächst tat sich erstmal nichts – bis man mich Ende November zu einem Praktikum in die „Deutsch-Polnische Verbindungsstelle“, kurz DPV, beorderte. Einer seit 2003 auf dem Gelände des damaligen Schutzbereichs Frankfurt (Oder) bestehenden, in der polizeilichen Wahrnehmung ganz unterschiedlich beurteilten Einrichtung. Während die DPV in den Augen einiger lediglich eine Art „Gnadenhof für unvermittelbare Polizeibeamte“ darstellte, hatte das Gros den Wert des Scharniers zwischen dem Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) und der Polizeikommandantur der benachbarten Wojewodschaft „Lebuser Land“ in Gorzow Wielkopolski, längst erkannt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DPV waren täglich mit einer Vielzahl verschiedener Aufgaben konfrontiert.

Einzige Stärke

Das Spektrum reichte dabei von der Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen über die



Foto: privat

DP-Autor Uwe Bräuning

ist 58 Jahre alt und seit dem 1. Juni 1985 Polizist. Zunächst in Berlin, dann in Seelow und Strausberg. Jeweils bei der Schutzpolizei. Von 2002 bis 2007 war er im Lagezentrum des damaligen PP Frankfurt (Oder) tätig. Seit Dezember 2007 gehört er dem Polizeikontingent des Landes Brandenburg im GZ Swiecko an.

sprachliche Begleitung größerer Verkehrs- und Fahndungskontrollen bis hin zur Vorbereitung von Sprachkursen. Diese Aufgaben wurden seit circa 2005 von deutschen und polnischen Polizistinnen und Polizisten in gemeinsamer Anstrengung wahrgenommen. Eine der wohl größten, innerhalb der Brandenburger Polizei zu jenem Zeitpunkt wohl einzigartigen Stärke der DPV, bestand in der Bündelung sprachlicher und polizeilicher Kompetenz. Einige der dort tätigen Polizistinnen und Polizisten verfügten nicht allein über langjährige praktische Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung, sondern auch über brillante Kenntnisse der polnischen Sprache und Kultur. Geeignete Protagonisten für die komplizierte deutsch-polnische Polizeikooperation, zumal unter den Bedingungen der „Vor-Schengen-Ära“, hätte sich die Brandenburger Polizei nicht wünschen können. Ein im Jahr 2002 zwischen Deutschland und Polen aushandeltes Regierungsabkommen hatte endlich auch für die Bereitstellung der notwendigen rechtlichen Basis gesorgt.

Belastende Schatten

Vorbei die Zeiten, als ein perfekt polnisch sprechender Rentner Anfang der Neunziger Jahre, im Auftrag der Frankfurter Kriminalpolizei, als „inoffizieller Verbindungsmann“ zur Polizei der polnischen Nachbarstadt Slubice agierte. Vorbei auch die Zeiten, in denen Polizisten ihre „Beamtenpensionen“ riskierten, weil sie polnische Kollegen aus rein



Erste Besprechung der Vertreter des polnischen Zolls im GZ: Im Vordergrund Andrzej Gilas, bis Anfang 2022 Leiter des polnischen Zoll-Kontingents.

dienstlich Zwecken mit dringend benötigten Informationen aus polizeilichen Auskunftssystemen versorgten. Lange Zeit hatte es für die Entwicklung einer qualitativen polizeilichen Zusammenarbeit an dieser Grenze ohnehin alles andere als gut ausgesehen. Wie auch die Annäherung der Bevölkerung beiderseits dieser Grenze zunächst unter keinem guten Stern stand. Zu sehr belasteten die Schatten der schlimmen Vergangenheit und daraus resultierende gegenseitige Ressentiments und Klischeevorstellungen, das zwischenmenschliche deutsch-polnische Verhältnis.

Die schrittweise Verbesserung dieses unbefriedigenden Zustands ist im besonderen Maß ein Erfolg von Pionieren der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit – wie

dem Mitarbeiter der DPV und späteren Leiter des Brandenburger Polizeikontingents im GZ Swiecko, Erster Polizeihauptkommissar a.D. Peter Kurpiers.

Durch die Einrichtung des GZ wurde die „Deutsch-polnische Verbindungsstelle“ logischerweise überflüssig. Selbstverständlich wollte und konnte die Brandenburger Polizei auch künftig nicht auf die Erfahrungen und Fähigkeiten der Mitarbeiter der DPV verzichten. Deren Übernahme in das „GZ“ galt als „gesetzt“. Dennoch gefiel der baldige Umzug von der „Halben Stadt“ in Frankfurt (Oder) an die Autobahn naturgemäß nicht jedem.

Wie es weitergeht, schildert DP-Autor Uwe Bräuning in der nächsten Ausgabe Eurer DP... |

ANZEIGE



geschenke zum fest

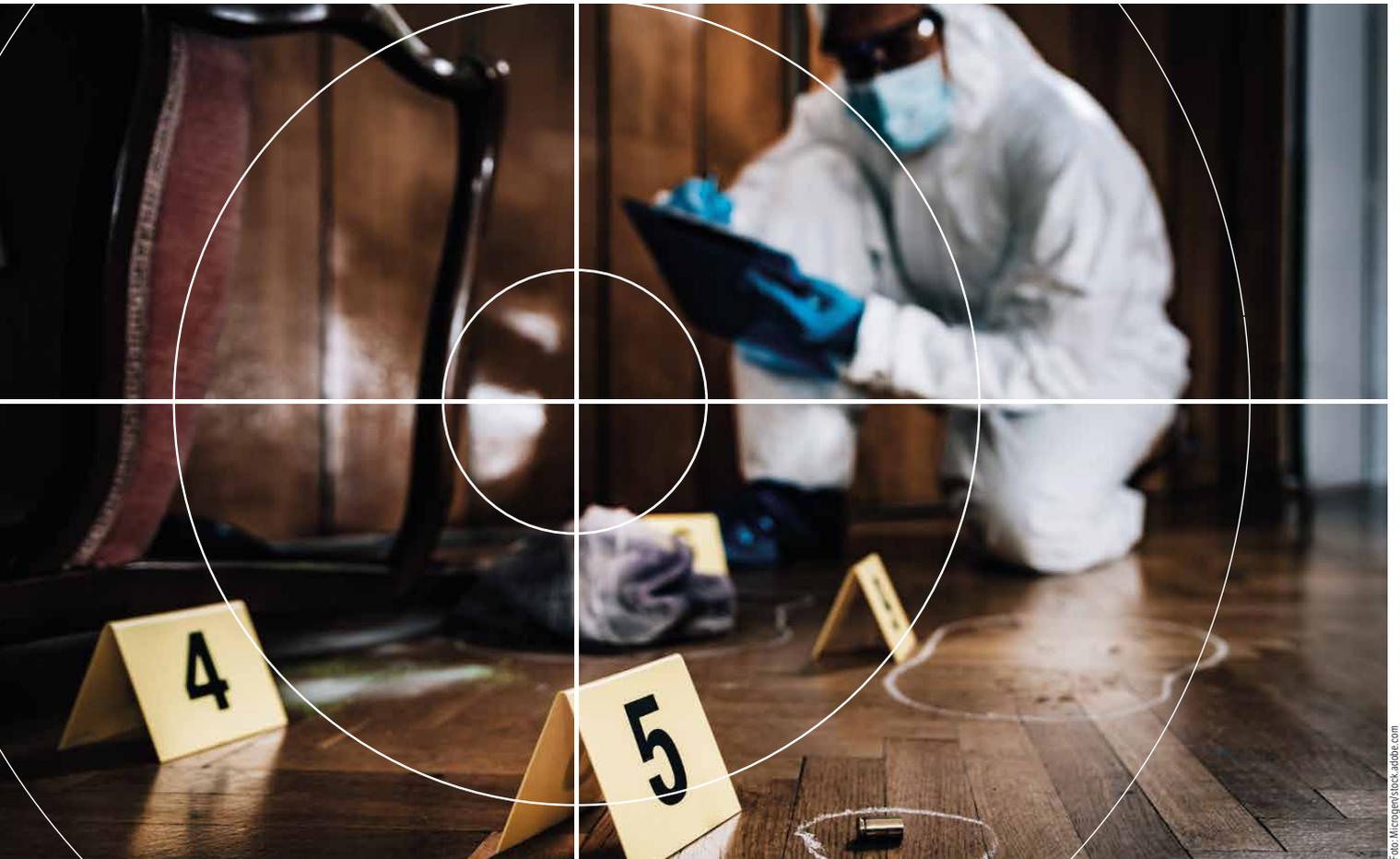
ENTDECKEN SIE DIE BESTEN MARITIMEN GESCHENKE

- ⌄ EPSON Solaruhrwerke
- ⌄ Recycelter Edelstahl
- ⌄ Kratzfestes Saphirglas
- ⌄ Designed in Norddeutschland

PAUL HEWITT
ANCHORED TO THE OCEAN



Im Gespräch



DIE POLIZEI IN FILM UND FERNSEHEN

Krimi-Klischees haben ausgedient

Kaum etwas ist so verlässlich wie der Mord am Sonntagabend. DP nahm den verdächtigen Drehbuchautor Lucas Flasch ins Verhör. Er war geständig und gab zu Protokoll, warum Polizeiarbeit in Film und Serie manchmal verkürzt dargestellt wird und wie es um die Diversität in der Krimi-TV-Landschaft steht.

Jana Biesterfeldt

DP: Herr Flasch, können Sie sich noch an ihren ersten „Mord“ erinnern?

Lucas Flasch: Nicht genau. Wir arbeiten ja oft in Teams. Da vergisst man schonmal wer genau welche Idee für einen Mord hatte.

DP: Das heißt, Sie sind kein Einzeltäter?

Flasch: Selten. Manchmal gibt es eine konkrete Idee, um welche Tat es sich handelt, wenn ich in ein Projekt einsteige. Teils schlägt man selbst etwas vor. In anderen Fällen sitzt man als Team zusammen und erarbeitet alles von Grund auf zusammen.

DP: Wie müssen wir uns einen typischen Schreibprozess vorstellen?

Flasch: Da ist jeder anders. Meine Routine: Morgens zwei, drei Stunden schreiben. Pause. Dann nachmittags noch drei Stunden. Konzepte erarbeiten erfordert Denkarbeit, das funktioniert am besten, wenn man ab und zu vom Schreibtisch aufsteht. Dann gehe ich nach draußen, – in die Natur, in den Wald – da kann ich besser denken.

„Unsere Gesellschaft ist zu vielfältig, um nur kurz in Form von Rollenklischees erzählt zu werden.“

DP: Wenn Sie gerade eine Idee entwickeln, haben Sie da einen inneren Zensor, der sagt: Nein, das geht so gar nicht?

Flasch: (lacht) Nein. Ich schreibe erst einmal so lange, bis es grundsätzlich fertig ist. Das Ganze ist dann oft noch etwas grob. Die erste Fassung ist daher öfter nicht besonders gut, aber darauf baut man dann ja weiter auf. Das ist ein kreativer Arbeitsprozess. Aber ich bin ja nicht allein, Drehbücher werden immer besprochen. Es wird immer im Team gearbeitet, und jeder bringt sich mit seinen Ideen ein.

DP: Wie finden Sie Ideen für Drehbücher und Kontakte zum Recherchieren?

Flasch: Gute Kontakte für meine Recherche bekomme ich oft durch die Produktionsfirmen und Redaktionen, oder es gibt feste Berater. Dabei recherchiere ich aber nicht nur bei der Polizei, sondern auch in Milieus – zum Beispiel Krankenhäuser oder Turnvereine. Dann rufe ich Leute an, beginne ein Gespräch und lasse den Partner erzählen. Dabei kommt mir zugute, dass die Leute gerne über ihre Themen reden. Ansonsten finde ich Inspiration in Büchern, Podcasts und natürlich in anderen Filmen und Serien.

DP: In deutschen Krimis wird die Polizei als sehr divers dargestellt. Wird konkret mehr Wert auf ethnische Diversität gelegt und auch vorgegeben?

Flasch: Ich denke, das ist von der Realität beeinflusst. Die Gesellschaft ist diverser als früher. Die Produktionsfirmen und Sender reagieren darauf, wir Autorinnen und Autoren jedoch auch.

Viele Menschen fühlten sich in der Vergangenheit verletzt, indem sie aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit immer nur als Täter dargestellt wurden. Das dem entgegenwirkt wird ist eine gute Entwicklung. Auch sexuelle Diversität wird mehr dargestellt.

Unsere Gesellschaft ist zu vielfältig, um nur kurz in Form von Rollenklischees erzählt zu werden. Vielfalt muss gezeigt werden.

DP: Als Gewerkschaft vertreten wir die gesamte Polizei, darunter anderem die Schutzpolizei, die Kripo, aber auch Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte. Wo finden die einzelnen Polizeibereiche in Krimis Beachtung? Wie könnte man das unterhaltsam darstellen?

Flasch: (lacht) Ja, als Autoren sprechen wir natürlich darüber. Auch Spezialisten aus Kriminaltechnik und IT haben mehr Bedeutung in Krimis erhalten, zum Beispiel beim Thema Beweisführung. Vermehrt wird die Recherchearbeit im Hintergrund wie 20 Autohalter abklappern oder 200 Seiten Mobilfunkdatenauswertung gezeigt.

Eine eigene Serie über Verwaltung wird es bestimmt irgendwann auch einmal geben. Ohne deren Engagement kippt ja auch mal ein Verfahren. Es ist aber auf jeden Fall herausfordernd, „Papierarbeit“ spannend darzustellen.

DP: Die Arbeit der Mordkommission an einem Tötungsdelikt in Serien oder Filmen wird oft sehr knapp dargestellt, manche Bestandteile finden kaum Beachtung. Was steckt dahinter?

Flasch: Bei fiktiven Geschichten müssen manche Dinge verkürzt werden, das hat dramaturgische, manchmal logistische Gründe. Die komplexe Arbeit der Mordkommission kann in einem Film nicht in der gan-

zen Breite abgebildet werden. So wird ein mehrköpfiges Team oft auf einen oder zwei Kommissare reduziert. In einer 45-Minuten-Folge oder einem 90-Minuten-Film ist es leider nicht möglich, alle Aspekte dieser Teamarbeit detailliert abzubilden. Ich möchte ja auch Täter, Tat, Motiv und Milieu einbringen, da muss halt an manchen Stellen die Realität gekürzt werden. Wir Autoren wissen, dass viel Papierkram und Bürokratie hinter den Ermittlungen stecken, aber diese können wir aufgrund der verfügbaren Zeit nicht immer ausreichend zeigen.

DP: Es entsteht der Eindruck, dass bei Krimifilmen und -serien die Szenen immer grafischer und brutaler werden müssen. Ist das so?

Flasch: Es kommt darauf an. Es gibt auch ein Aufkommen leichterer Krimis. Es ist durchmischer, dadurch, dass es viel mehr Angebote und Anbieter gibt.

Jedes Format hat seine Berechtigung, und es ist angenehm, sich als Zuschauer je nach Stimmung aussuchen zu können, ob man



Lucas Flasch studierte nach einigen Jahren als Veranstaltungstechniker Drehbuch an der Filmuniversität Konrad Wolf in Potsdam-Babelsberg. Seit seinem Abschluss arbeitet er als freiberuflicher Drehbuchautor für Film und Fernsehen.

jetzt Lokalkolorit, brutale Szenen oder eine amüsante Polizeiserie sehen möchte. Zudem möchte ich betonen: Der deutsche Krimi ist viel besser als sein Ruf. Er ist sehr breit aufgestellt, und es ist für jeden was dabei.

DP: In Kino und TV treten traditionell Polizisten und Gangster gegeneinander an. Polizisten sind weit überwiegend die Guten. In manchen Filmen bekommen jedoch auch Verbrecher einen hohen Sympathiewert, auch wenn diese am Ende nicht die Oberhand behalten. Muss am Ende das Gute siegen?

Flasch: Sagen wir es so: Ein Fall sollte am Ende irgendwie aufgeklärt sein. Der Mensch möchte eine Lösung haben. Sonst kann es unbefriedigend sein. Es gibt natürlich auch immer tolle Filme mit offenen Ausgängen, aber das funktioniert nicht für alle Formate.

DP: Über wen schreiben Sie lieber, die guten oder die bösen Jungs?

Flasch: Gut und Böse sind ja nicht eindeutig. Bei vielen Formaten erscheinen auch die vermeintlich Guten nicht perfekt. Die hadern mit sich und ihrem Gewissen. Auch die Täter sind sehr selten abgrundtief böse und einfach schlechte Menschen. Als Autor versucht man, die Geschichte, die Motivation hinter einer Tat darzustellen. Am Ende eines Krimis hast du auch oft Mitleid mit dem Täter und seiner Geschichte, dabei ertappe ich mich dann auch oft beim Zuschauen. Man kann halt viele Varianten erzählen. Ich habe den Eindruck, dass dieses Gegenspiel Gut und Böse nicht so extrem ist, zumindest im deutschen Fernsehen.

DP: Der Polizeiberuf bringt vieles mit sich. Daher ist die psychische Gesundheit ein Thema bei der Polizei. Vertrauensleute der GdP sind für Polizeibeamte als Anlaufstelle in den Dienststellen da. Für die Kolleginnen und die Kollegen sind die Vertrauensleute vor Ort wichtig. Diese sieht man jedoch nicht in Krimis. Wäre das ein Thema?

Flasch: Spannende Idee! Könnte man drüber nachdenken. Psychische Gesundheit und die Verarbeitung von Gesehenem ist schon Thema, das sieht man immer mehr. Als Autor denkst du auch stark psychologisch beim Schreiben von Figuren und beschäftigst dich damit.



Drehbuchautor Lucas Flasch.

DP: In Krimiserien und Filmen sehen wir oft einen Polizisten, der psychisch am Ende ist. Mit Ecken und Kanten, einer, der seine Schwächen offenbart, Frau weg, Alkoholprobleme, Depressionen.

Flasch: Ich selbst würde eine Figur so nicht anlegen. Und ich glaube auch, dass diese klischeehaften und oberflächlichen Darstellungen zunehmend der Vergangenheit angehören. Der gängige deutsche Krimi macht das nicht mehr.

DP: Auf der einen Seite ist da der Mensch in Uniform, wie bringen sie den Zuschauern private, menschliche Seiten näher?

Flasch: Das wollen wir Drehbuchautorinnen und Autoren alle – den Figuren Facetten und Komplexität geben. Man möchte Schattierungen zeigen, die den Film oder die Serie interessant machen. Das Klischee des gutherzigen Polizisten ist auch nicht innovativer als das des Alkoholiker-Polizisten. Klischees erzählen sich nicht gut. Es wird heute viel breiter erzählt, ein Ziel aller Beteiligten bei Projekten. Und das bezieht sich auch auf Opferdarstellungen oder Tatabläufe, nicht nur auf den Polizisten als Figur.

DP: Sondern?

Flasch: Alle Figuren wollen vielschichtig erzählt werden. Als Ermittler in einer Mordkommission kann man auch nicht mit Gut-Böse-Begriffen arbeiten, damit würde man niemanden überführen. Zu sagen, der ist gut, der ist böse, das zu pauschalisieren hilft dem Ermittler nicht. Und auch nicht beim Drehbuch schreiben. Es ist aber eben auch eine große Herausforderung.

DP: Welches Thema für ein Krimidrehbuch reizt Sie besonders?

Flasch: Illegaler Müllhandel, der drittgrößte kriminelle Zweig. Wir alle haben damit zu tun: Klimawandel, Plastikmüll, Umweltverschmutzung. Und es gibt keine Krimis darüber! Dabei passt es gut in die Zeit. Daran arbeite ich schon seit längerem, und es wäre sehenswert, daraus ein Projekt zu machen.

DP: Herr Flasch, danke für das Gespräch. Wenn Sie Inspiration brauchen, rufen Sie uns an! Wir helfen gerne.

FÄLLE ZUM STRAFPROZESSUALEN ERMITTLUNGSVERFAHREN

Fallsammlungen und Klausurenkurs in Gutachtentechnik

Von **Steffen Rittig** und **Tanja Hartmann-Wergen**.



1. Auflage 2022

Umfang: 368 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 32,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0915-8

Mit dem Ziel, optimal auf Prüfungen zum Ermittlungsverfahren (in der StPO: Vorverfahren) vorzubereiten, stellen die Autoren im vorliegenden Buch die zahlreichen strafprozessualen Ermittlungs- und Sicherungsmaßnahmen anhand von 51 Fällen dar und erläutern diese. Dazu behandeln die Autoren jeden Beispielsachverhalt in einem ausführlichen Lösungsvorschlag in Gutachtentechnik. Typische Problemstellungen werden so für den Leser greifbar und verständlich gemacht. Besonderen Wert legen sie auf die Darstellung der einzuhaltenden Formvorschriften, die sich aus Gesetz und der RiStBV ergeben und die zum Teil sehr komplex sind.

Die verwendeten Fälle decken dabei eine große Bandbreite an offenen und verdeckten StPO-Maßnahmen ab. Die Fallauswahl und Bearbeitungstiefe des Werkes zielen insbesondere auf Prüfungen der polizeilichen Bachelor- und Masterstudiengänge sowie die strafprozessualen Zusatzfragen in der ersten juristischen Staatsprüfung ab. Genauso gut unterstützt das Werk Rechtsreferendare und Berufsanfänger in Justiz und Polizei dabei, ihr Wissen zu den Ermittlungsmaßnahmen gezielt zu erweitern oder zu vertiefen.



DIE HERAUSGEBER

Prof. Dr. Steffen Rittig LL. M., lehrt Strafrecht und Strafprozessrecht an der HöMS, Fachbereich Polizei, Campus Wiesbaden.

Prof. Dr. Tanja Hartmann-Wergen, lehrt Strafrecht und Strafprozessrecht an der HöMS, Fachbereich Polizei, Campus Wiesbaden.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben



Mit Blick auf die zunehmend problematische Lage bei den Zahlen von sich für den Polizeiberuf Bewerbenden erörterte Anfang November der GdP-Bundesvorstand auf seiner Sitzung in Potsdam mögliche Maßnahmen. Klar sei, dass die Dienstherren in Bund und Ländern angesichts sich verändernder Vorstellungen junger Menschen über ihren künftigen polizeilichen Berufsalltag deutlich flexibler aufgestellt sein müssen. Das generelle Ziel müsse es sein, eine nachhaltige Attraktivitätsoffensive für den wertvollen wie herausfordernden Polizeiberuf auf die Beine zu stellen, dabei womöglich wirksame Allianzen zu schmieden. Zwar schlage seit einiger Zeit der bundesweit feststellbare Fachkräftemangel auch bei den Polizeien mächtig ins Kontor, einer Absenkung der hohen Qualitätsstandards für den Polizeiberuf erteilte das GdP-Gremium eine klare Absage. GdP-Chef Kopelke kündigte an, die Innen- und Finanzressorts mit der eklatanten Entwicklung zu konfrontieren.

Vor Ort



GdP-Chef Kopelke (r.) beim Deutschen Präventionstag: Hass und Hetze gegen Polizeibeschäftigte sind keine Bagatelldelikte.

GdP-BUNDESVORSITZENDER IN EXPERTENPANEL BEI DEUTSCHEM PRÄVENTIONSTAG

Kopelke: Polizei wirksamer vor Hass und Hetze schützen

Anlässlich des Deutschen Präventionstages fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) einen besseren Schutz ihrer Kolleginnen und Kollegen vor Hass und Hetze. Polizeibeschäftigten soll es erleichtert werden, Auskunftssperren im Melderecht der Kommunen zu erwirken, betonte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke Anfang Oktober in Hannover. Ebenso würden Sonderabteilungen in den Staatsanwaltschaften Hass- und Hetze-Delikte wirksamer bekämpfen können. Diese gebe es jedoch nicht.

Michael Zielasko

„Die Justiz kann mit einer Nulltoleranzstrategie verdeutlichen, dass Hass und Hetze gegenüber Polizeibeschäftigten, keine Bagatelldelikte sind. Potenziellen Tätern muss glasklar sein, dass sie auf sehr dünnem Eis spazieren, also das Risiko ermittelt und bestraft zu werden, sehr hoch ist“, unterstrich Kopelke in einer Panel-Diskussion vor Ort zum Thema „Neue Ansätze zur Prävention von Hass, Hetze und Bedrohung“. Viele und öffentlich kommunizierte Urteile verhindern dem Gewerkschafter zufolge, dass die virtuelle Gewalt gegenüber Menschen zu realen Angriffen führt.

Stärker in die Pflicht genommen werden müssten Anbieter von Online-Plattformen. Es sei nicht akzeptabel, dass es oft langwieriger Entscheidungsprozesse bedürfe, bis Hassposts zu Lasten von Polizeibeschäftigten gelöscht seien.

Die polizeiliche Führung forderte Kopelke auf, mit vorausschauender Presse-, Öff-

entlichkeits- und Social-Media-Arbeit Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreuzfeuer selbsternannter Polizeibeobachter zu nehmen. „Nicht alles, was die Polizei tun muss, erzeugt schöne Bilder. Nur darauf zu warten, bis Polizei im Rahmen eines Einsatzes mit zulässigen Zwangsmitteln vorgeht, um dann mit der Handykamera draufzuhalten, heißt jedoch vor allem, das staatliche Gewaltmonopol infrage zu stellen“, stellte der GdP-Chef fest.

Nicht zuletzt gebe es bei der psychologischen Betreuung Beschäftigter, die neben den Härten des täglichen Dienstes auch Hass und Hetze abbekämen, Luft nach oben. „Als GdP arbeiten wir seit Jahren daran, die Hemmschwellen Betroffener, sich im dienstlichen Rahmen mit der Unterstützung von Fachleuten Frust, Ängste und Sorgen von der Seele zu reden, abzubauen.“ ■

POLIZEI IN STAAT UND GESELLSCHAFT

Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge

Von **Bernhard Frevel** und **Vanessa Salzmann**.



2. Auflage 2020

Umfang: 222 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 26,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0864-9

Dieses studienbegleitende Lehrbuch stellt die politikwissenschaftlichen und soziologischen Grundlagen für die Polizeiarbeit dar. Während die Politikwissenschaft Analysen bereitstellt, um die Polizei und ihr Handeln zu verstehen, bietet die Soziologie unverzichtbares Hintergrundwissen, um die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse für die Gewährung von Sicherheit und Ordnung zu erfassen und als Polizei hierauf zu reagieren.

In zehn Kapiteln beschreiben die Autorinnen und Autoren, die an polizeiausbildenden Hochschulen und Akademien lehren, die sozialwissenschaftlichen Fragestellungen mit stetem Bezug zur Rolle, Funktion und Organisation der Polizei sowie zu den politischen Bedingungen und Anforderungen an polizeiliches Handeln in Deutschland. Der politikwissenschaftliche Teil befasst sich mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer Politikfeldanalyse der Inneren Sicherheit, dem politischen Extremismus und Terrorismus und der Europäisierung der Inneren Sicherheit.

Eine Einführung in die Soziologie der Polizei leitet den soziologischen Teil ein. Weiterhin werden die Sozialstruktur Deutschlands, das polizeiliche Handeln im urbanen Raum und soziologische Fragen zu Polizei und Gewalt betrachtet. Abgerundet wird das Buch mit einem Überblick über die Geschichte der deutschen Polizei und einem Beitrag zum Thema Polizei als Beruf.



DIE HERAUSGEBER

Prof. Dr. rer. soc. Bernhard Frevel lehrt Sozialwissenschaften an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen sowie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Prof. Dr. phil. Vanessa Salzmann lehrt Einsatzlehre, Führungslehre und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Hingeschaut



DATENSCHUTZ UND SICHERHEIT BEI SMART TVs

Ausgespäht und angegriffen

Smart-TVs sind eigentlich Computer. Mit dem Internet verbunden, unterliegen sie den gleichen Sicherheitsrisiken wie alle vernetzten IT-Geräte. Vielen Verbrauchern ist nicht bewusst, dass sie über ihren Fernseher ausspioniert werden können. Ebenso kann das Gerät zum Einfallstor für Schädlinge in das eigene private Netzwerk werden.

Thomas Eckelmann

Rasante Entwicklung

38,75 Millionen TV-Haushalte gab es in Deutschland im Jahr 2021. Bei 64 Prozent der verwendeten Geräte handelt es sich bereits um einen internetfähigen Fernseher, auch Smart-TV genannt. Die ersten Flachbildfernseher, die 1999 auf dem Markt kamen, waren im Hinblick auf das Internet noch sehr spartanisch ausgestattet. Nicht zuletzt, weil

das Internet noch nicht so weit entwickelt war. Nachdem aber die Smartphones den Markt der mobilen Kommunikation revolutionierten, wurden in der Folge ab 2010 auch die Fernseher smart. Mit den aktuellen Geräten kann man nicht nur fernsehen, sondern auch die Mediatheken der Sender sowie Streamingportale nutzen oder im Internet surfen. Genau wie bei den Smartphones können außerdem aus einem von den Geräte-Herstellern bereitgestellten Angebot Info-

tainment-Anwendungen wie Spiele oder Fitness-Apps auf den Fernseher heruntergeladen werden. Experten sagen voraus, dass die Smart-TVs in Zukunft auch die Steuerungszentrale für das vernetzte Zuhause sein werden.

Reger Datenaustausch

Immer mehr Menschen nutzen diese Möglichkeiten, ohne dass ihnen bewusst ist, welcher rege Datenaustausch zwischen Fernseher und Internet im Hintergrund stattfindet. Die Verbindung ins Internet erfolgt meist kinderleicht bei der Installation des Smart-TV: Noch vor der Sendereinstellung sucht das Gerät automatisch nach verfügbarem WLAN in der Umgebung. Schnell ist das eigene Netzwerk gefunden und ausgewählt, das Passwort eingegeben und schon holt sich der Fernseher das erste Update für sein eigenes Betriebssystem aus dem Internet. Beim Durchklicken des Installationsmenüs hat man natürlich schnell den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Herstellers zugestimmt, ohne sie zu lesen und dabei zu erfahren, dass man gerade eingewilligt hat, dass persönliche Daten über Standort, Gerätetyp und künftiges Nutzungsverhalten an den Hersteller übermittelt werden und er diese Informationen an Werbepartner oder App-Anbieter weiterge-



Foto: pressto

DP-Autor Thomas Eckelmann
ist Geschäftsführer des Kölner
Redaktionsbüros pressto.

ben darf. Als nächstes sucht das Smart-TV im Netzwerk nach weiteren smarten Produkten, mit denen es sich vernetzen und ebenfalls Informationen über das Nutzungsverhalten austauschen kann. Die Unternehmen haben in den letzten Jahren ihre Geschäftsmodelle grundlegend geändert. Gemäß der alten Verkäuferregel, dass es effizienter sei, einen bestehenden Kunden zu halten als einen neuen zu gewinnen, endet die Geschäftsbeziehung zum Kunden heutzutage nicht mehr mit dem Kaufvorgang eines Gerätes. Die Hersteller sind zu Content-Anbietern und Werbepattformen geworden, die nicht nur an den Geräten selbst, sondern genau wie etwa die Anbieter der sozialen Medien auch an ihrer Nutzung verdienen wollen.

Unerwünschter Service

Besonders der südkoreanische Elektronik-Gigant Samsung hat in den letzten Jahren den Unmut von Nutzern auf sich gezogen. Smart-TV-Geräte dieses Herstellers zeigten zunächst Werbung nur innerhalb des Menüs oder der Benutzeroberfläche des Gerätes; meist zu verfügbaren App-Erweiterungen. Ab 2019 wurden die Werbeanzeigen deutlich größer, betrafen Consumer-Produkte und tauchten beim laufenden Empfang von privaten Free-TV-Sendern im normalen Fernsehbild immer wieder auf. Gegenüber den Werbekunden preist Samsung seine „Automatic Content Recognition“-Technologie, die automatisch erkennt, welche Inhalte auf dem jeweiligen Smart-TV abgespielt werden. So könne ein persönliches Profil des Nutzers erstellt werden, dass es den Werbekunden ermöglicht, individuell angepasste Werbeclips auszuspielen. Um diese Werbeeinblendungen abzuschalten, müssen Verbraucher und Verbraucherinnen gleich an mehreren Stellen im Einrichtungs-menü Häkchen deaktivieren, unter anderem auch in einem Bereich, der als „Experteneinstellungen“ gekennzeichnet ist. So mancher Nutzer wird davor zurückschrecken, hier Änderungen vorzunehmen, aus Angst, die Funktionalität des Gerätes zu beeinträchtigen. Das Bundeskartellamt hat deshalb im Sommer 2020 in einer Untersuchung festgestellt, „dass die Datenschutzbestimmungen der in Deutschland aktiven Smart-TV-Hersteller fast durchgehend schwerwiegende Transparenzmängel aufweisen und damit

gegen Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verstoßen.“

Gefahr durch Remote-Hacking

Ein weiteres Problem sah das Bundeskartellamt darin, dass bei vielen Herstellern, der Sicherheitsstandard der Geräte auch in den Jahren nach dem Kauf nicht sichergestellt sei. Denn kein Unternehmen mache verbindliche Angaben dazu, wie lange seine Produkte mit Sicherheits-Updates versehen werden. Tatsächlich können internetfähige Fernseher auch mit Viren und anderen Schadprogrammen (Malware) infiziert werden, warnt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Gefährdet sind die Geräte etwa auch durch Surfen im Internet, externe Apps oder infizierte USB-Sticks. Das Risiko ist immerhin nicht ganz so groß wie bei einem normalen Computer, da das Betriebssystem des Fernsehers so konzipiert ist, dass kein Code direkt in das Chipsystem des Smart-TV geschrieben werden kann. Auch die Firmware-Updates sind durch eine digitale Signatur geschützt. Dennoch sind Fälle dokumentiert, in denen Geräte durch Sicherheitslücken in der Software mit Malware oder Viren infiziert wurden. Die größte Gefahr droht von einem sogenannten Remote-Hacking, der es Angreifer ermöglicht, Funktionen des Fernsehers aus der Ferne zu kontrollieren, wie etwa das

Mikrofon oder die Lautstärke. In einem solchen Fall hilft nur ein Hard-Reset, das heißt, der Fernseher wird auf die Werkseinstellungen zurückgesetzt.

Den Betrieb absichern

Um einen sicheren und nutzerfreundlichen Betrieb des Smart-TV-Gerätes sicherzustellen, sollten diese drei Punkte in jedem Fall beachtet werden:

- ▶ **Im Einstellungsmenü des Fernsehers sollte überprüft werden, ob etwa im Bereich der AGB des Herstellers oder bei den Sicherheitsfeatures Funktionen aktiviert sind, die nicht gewollt sind, beispielsweise das Einspielen von Werbung.**
- ▶ **Aktualisierungen der Firmware-Updates sollten automatisch erfolgen.**
- ▶ **Mit besonderer Vorsicht sollte der Browser des Fernsehers zum Surfen im Internet genutzt werden. Meist fehlt hier eine aktive Anti-Virensoftware mit aktuellen Datenbanken. Auch die Eingabe wichtiger Passwörter oder die Nutzung kritischer Dienste wie etwa Onlinebanking sollte vermieden werden. ■**

ANZEIGE

REISEMARKT

POLIZEI DEIN PARTNER
Gemeinschaft der Polizei
Smart City

Smart und sicher

www.smart-city-sicher.de

Action mit wasser-craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

Hingeschaut



Foto: JuegenNowak/shutterstock.com

WIDER DIE STAATLICHE ORDNUNG

Deutschland, nein danke?

Sie stellen sich Fantasieausweise aus und verweigern das Zahlen von Steuern, kommunaler Gebühren, Abgaben oder Bußgeldern: Für Reichsbürger und Selbstverwalter ist Deutschland kein souveräner Staat. Sie erkennen seine Autorität nicht an. Das stellt nicht nur Verwaltungsangestellte und Einsatzkräfte der Polizei vor große Herausforderungen, sondern kann unter Umständen auch für unbeteiligte Dritte gefährlich werden – vor allem dann, wenn die Reichsbürger Waffen besitzen. Die Corona-Pandemie hat dieser extremistischen Szene einen großen Zulauf beschert.

Thomas Eckelmann

Bankgeschäfte in einer Bäckerei

Im April 2022 warnte das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Sachsen die Bürger vor der Eröffnung einer Filiale der „GK GemeinwohlKasse“ in einer Bäckerei in Dresden-Laubegast. Die Aktivitäten dieser ver-

meintlichen Bank werden der Reichsbürgerszene zugerechnet. „Konkret handelt es sich hier um die verfassungsfeindliche Bestrebung ‚Königreich Deutschland‘, die bislang noch nicht im Freistaat Sachsen in Erscheinung getreten war. „Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat dem selbsternannten ‚König‘ dieses

‚Königreichs‘, Peter Fitzek, derartige Bankgeschäfte mehrfach untersagt“, erklärt LfV-Präsident Dirk-Martin Christian. Kunden, die bei ihrem vertrauten Bäcker Brot und Kuchen kauften, würden nebenbei mit der Ideologie der Reichsbürgerszene konfrontiert. Das Landesamt riet nachdrücklich davon ab, bei dieser Bank Konten zu eröffnen oder Geld anzulegen. Die Bank verfüge über keine Lizenz, und die Gefahr eines Totalverlustes der Einlagen sei extrem hoch.

Dieser kuriose Fall ist nur ein Beispiel für die Aktivitäten der Reichsbürger- und Selbstverwalter-Szene, die im vergangenen Jahr noch einmal deutlich anwuchs. Der Anstieg ist vor allem auf die Proteste gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen zurückzuführen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) rechnet dieser Szene in seinem Jahresbericht für 2021 rund 21.000 Personen zu. Im Jahr davor waren es noch 1.000 weniger.

Sektenähnliche Siedlungsgemeinschaften

Eine klare Unterscheidung zwischen Reichsbürgern und Selbstverwaltern ist kaum möglich. Die Reichsbürger lehnen die Bundesrepublik Deutschland unter Berufung auf ein von ihnen ganz unterschiedlich definiertes historisches „Deutsches Reich“ ab. Selbstverwalter wiederum fühlen sich dem Staat gänzlich nicht zugehörig. Sie behaupten, sie könnten durch eine Erklärung aus dem Staat austreten und seien deshalb nicht an dessen Gesetze gebunden. Oft berufen sie sich auf eine UN-Resolution, die es angeblich ermögliche, aus der Bundesrepublik Deutschland aus- und in eine Selbstverwaltung einzutreten. Manche markieren ihr Wohnanwesen, um ihren angeblich souveränen Verwaltungsraum zu kennzeichnen und verteidigen diesen bisweilen – unter Berufung auf ein Widerstandsrecht – gewaltsam.

In Sachsen plant die Reichsbürgerbewegung „Königreich Deutschland“ sogar die Errichtung von „Gemeinwohldörfern“. Laut sächsischem Landesamt für Verfassungsschutz sucht die Gruppierung konkret nach Grundstücken ab einer Größe von fünf Hektar, also etwa sieben Fußballfeldern, mit Wald und Freiflächen für Landwirtschaft sowie Wasserzuläufen. Die Grundstücke werden meist über Strohmänner von Privatper-

sonen erworben. Vor allem im Erzgebirge und im Landkreis Görlitz sind solche Immobilientransaktionen bekannt geworden. „In den ‚Gemeinwohldörfern‘ sollen den Mitgliedern des ‚Königreichs‘ perspektivisch eine weitgehende Selbstversorgung abseits des nach ihrer Lesart ‚destruktiven Systems der Bundesrepublik Deutschland‘ ermöglicht werden“, erklärt LfV-Präsident Christian. „Mithilfe der neu errichteten ‚Gemeinwohldörfer‘ soll das Staatsgebiet des sogenannten ‚Königreichs‘ erweitert und dessen Strukturen weiter ausgebaut werden. Dies dient nicht nur der Anwerbung neuer Interessenten. Es besteht auch die Gefahr, dass sich weitere extremistische, sektenähnliche Siedlungsgemeinschaften herausbilden.“

Großes Gewaltpotenzial

Mit der Schaffung solcher Parallelwelten und der Ablehnung jeglicher staatlichen Ordnung sind Reichsbürger und Selbstverwalter als staatsfeindlich und extremistisch einzuordnen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht davon aus, dass der Anteil der Personen, die auch dem rechts-extremen Spektrum zugeneigt sind, mehr als fünf Prozent beträgt, Tendenz steigend

(2021: 1.150 Personen; 2020: 1.000 Personen). Unter den Reichsbürgern und Selbstverwaltern steigt auch die Zahl der Personen, die bereit sind, Gewalt anzuwenden. Dazu zählen gewalttätige Szeneangehörige sowie Personen, die beispielsweise durch Drohungen oder gewaltbefürwortende Äußerungen mit rechtsideologischen Bezügen auffallen. Das Bundesamt vermeldet einen Anstieg gewaltbereiter Szeneangehöriger von 2.000 im Jahr 2020 auf 2.100 Personen im Jahr 2021.

Das hohe Gewaltpotenzial in der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter zeigt sich als aktiver Widerstand gegen die Durchführung staatlicher Maßnahmen. So schoss ein Reichsbürger am 9. September 2021 im Zuge einer Durchsuchung mit einer Armbrust auf Polizeikräfte. Auch die Propagierung von Gewalt und Waffeneinsatz ist ein häufiges Phänomen innerhalb der Szene. Beispielsweise wird die Ermordung von Politikerinnen und Politikern durch eine angebliche Pflicht zum Widerstand gerechtfertigt. Die Waffenbehörden der Länder versuchen deshalb zu verhindern, dass Szeneangehörige eine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten. Falls diese bereits in der Vergangenheit erteilt wurde, wird sie wieder eingezogen. Bis Ende 2021 mussten 1.050 Reichsbürger und Selbstverwalter ihre waffenrechtliche

Erlaubnis wieder zurückgeben. Doch mehr als 500 Personen aus dieser Szene verfügen nach wie vor über mindestens eine.

Nicht auf Diskussionen einlassen

Die Mehrheit der Reichsbürger und Selbstverwalter hält jedoch Behörden und Institutionen vor allem durch eine unermüdlische Kommunikationsoffensive auf Trab. Sie verfassen ausufernde Schreiben in einem eigenwilligen Schreibstil mit schwer nachvollziehbaren Argumenten und Behauptungen sowie abwegigen Rechtsauffassungen. Meist geht es um die Ablehnung behördlichen Handelns. Dabei schrecken die Verfasser jedoch auch nicht vor Erpressungen, Beleidigungen, Nötigungen oder Gewaltandrohung zurück. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat deshalb eine Handlungsempfehlung für den Behördenalltag herausgegeben. Darin wird empfohlen, sich nicht auf Diskussionen einzulassen, da Reichsbürger und Selbstverwalter wie Verschwörungstheoretiker als unbelehrbar anzusehen sind. Außerdem sollten im Umgang Vorkehrungen zur Eigensicherung getroffen werden. ■

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Beamtenkredit - Unser neuer Tiefzins - Sensationell günstig

2,99% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer aktueller Tiefzins - teure Kredite umschulden, bis 50% sparen!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

*Echt
sehr gut*

www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gemeinschaft der Polizei

Smart City



Smart und sicher

www.smart-city-sicher.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332

Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



**www.Polizei
DeinPartner.de**



Foto: Inga Kiefelja

Frühjahr 2017: Ein deutscher Polizist der UN-Polizeimission (Ausbildungsmission) „UNSOM-Police“ in einem gesicherten Aussenbereich des Flughafens von Mogadischu in Somalia.

OFFENE FRAGEN

„Mission Ranks“ in internationalen Polizeimissionen

Im Zusammenhang mit internationalen Polizeimissionen taucht unter anderem auch die Frage auf, was „Mission Ranks“ sind. Aufklärung leisten die DP-Autoren Gerd Thielmann und Achim Raupach und erläutern, was noch dahintersteckt.

Gerd Thielmann und Achim Raupach

Unter „Mission Ranks“ (wortwörtlich übersetzt: Missionsränge, im Sprachgebrauch Missionsdienstgrade) werden nationale Amtsbezeichnungen verstanden, die Bewerberinnen beziehungsweise Bewerber oder entsandten Beamtinnen oder Beamten für den Einsatz in einer internationalen Mission verliehen werden. Diese temporär verliehene Amtsbezeichnung entspricht jedoch nicht dem tatsächlichen statusrechtlichen Amt in der Heimatnation.

Der hauptsächliche Grund für diese Praxis ist, dass sich ansonsten die betroffenen Beamtinnen und Beamten nicht auf Funk-

tionen in den Missionen bewerben können, die sie aufgrund ihrer Ausbildung, Befähigungen und Kenntnisse sehr wohl erfolgreich ausfüllen könnten. Bewerbungen würden ansonsten aufgrund des rein administrativen Kriteriums „Rank“ in der Ausschreibung (zum Beispiel „Bewerber müssen mindestens den Rang eines Colonels haben“) nicht angenommen.

Kontroverses Thema

Die Thematik „Mission Ranks“ wird sehr kontrovers diskutiert: Es ist geübte Praxis in etlichen Nationen, bei der Entsendung von

Bediensteten in internationale Missionen einige der Kräfte mit höherrangigen Dienstgraden (Amtsbezeichnungen), also einem Mission Rank, zu versehen. Das führt in vielen Fällen dazu, dass Bedienstete mit hohem professionellem Niveau, die aber aus Nationen kommen, in denen diese Praxis nicht gepflegt wird, adäquate Führungsfunktionen nicht erreichen können, also benachteiligt sind. Weniger qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber, die einen höheren (Mission) Rang haben, sind allein aufgrund des verliehenen Dienstgrades im Vorteil und sogar exklusiv bewerbungsberechtigt. Um eine (berechtigte) Wettbewerbsfähigkeit, und einen Ausgleich der Wettbewerbsverzerrung zu erreichen, wird in einigen Ländern die Notwendigkeit gesehen, ebenfalls Missionsdienstgrade zu verleihen.

Vom Sergeant zum Major

Es ist auch gelegentlich zu beobachten, dass diese verliehenen Missionsdienstgrade oft weit über das im eigenen Land innehabende statusrechtliche Amt hinausgehen, so kann schon mal aus einem Sergeant ein Major werden. Es sind sogar Fälle bekannt, wo selbst eine (de facto nicht vorhandene) Zugehörigkeit zur Polizei angegeben wurde. So wurde zum Beispiel einmal aus einem Arzt eines staatlichen Krankenhauses ein Colonel der nationalen Polizei – wobei wahrscheinlich weniger die Führungsfunktion, sondern die vergleichsweise hohe Mission Allowance, die tägliche Missionszulage, Motiv für den Einsatz in der Mission war.

Aber wie wäre das zu kontrollieren? Wie soll die Administration einer Mission überprüfen, ob eine kurz vor der Mission ausgesprochene Beförderung ein Mission Rank oder eine tatsächliche, nach nationalem Recht zulässige, Beförderung ist?

Viele interessante Fragen

Und für den Binnenbereich, also innerhalb des Wirkungsbereiches des deutschen Rechtes, ergeben sich daraus einige interessante Fragen:

- ▶ Wer ist in Deutschland berechtigt, sich für eine internationale Mission bewerbende Beamtin beziehungsweise bewerbenden Beamten einen Missionsdienstgrad zu verleihen? Erst recht, wenn sie oder er in eine internationale Mission entsandt oder zur Dienstleistung zugeordnet werden soll.
- ▶ Darf dies nur der eigentliche Dienstherr oder bei Beamten der Länderpolizeien auch der Bund, wenn Länderbeamte dorthin abgeordnet wurden?
- ▶ Bedarf es der schriftlichen Beurkundung oder reichen informellere Formen aus?
- ▶ Wer entscheidet darüber, nach welchen (nachvollziehbaren) Kriterien welche Beamte beziehungsweise Beamtinnen einen Missionsdienstgrad erhalten?
- ▶ Wer entscheidet nach welchen Kriterien, wie viele Stufen höher ein Missionsdienstgrad gegenüber der jetzigen Amtsbezeichnung verliehen wird? Kann dies sogar laubahnübergreifend sein?
- ▶ Wenn ein solcher Missionsdienstgrad verliehen wird, dürfen die oder derjenige diese Amtsbezeichnung nur im Einsatzgebiet führen oder auch innerhalb Deutschlands, zum Beispiel bei Berichterstattungen, Ehrungen oder offiziellen Feierstunden?
- ▶ Unter welcher Amtsbezeichnung wird diese Beamtin oder der Beamte im innerdeutschen, aber missionsbezogenen Schriftverkehr geführt, zum Beispiel Übersichten von Missionsteilnehmern, Berichte aus dem Missionsgebiet?

- ▶ Welche Wirkung entfaltet diese zeitweise verliehene Amtsbezeichnung für beamtenrechtliche Beurteilungen?
- ▶ Haben die zu Beurteilenden mit der Verleihung des Missionsdienstgrades bewiesen, dass sie für das höherwertige Amt qualifiziert sind?
- ▶ Muss man bei der Beurteilung einen Bonus geben, da der beziehungsweise die zu Beurteilende aus einem niedrigen Amte heraus die Anforderungen eines höheren Amtes erfolgreich bewältigt hat?
- ▶ Hat der Missionsdienstgrad andere rechtlichen Folgen, zum Beispiel Ausgleichszahlungen für Ausübung eines höherwertigen Amtes oder bei Berechnungen von (Unfall-)Ruhegehalt bei einem Einsatzunfall?

Formalien

Die Tatsache der Verleihung eines Missionsdienstgrades muss grundsätzlich Bestandteil der Personalakte des oder der betroffenen Beamten oder Beamtin werden. Die entsprechende Formulierung im Paragraph 50 des Beamtenstatusgesetzes ist eindeutig: „Zur Personalakte gehören alle Unterlagen, die die Beamtin oder den Beamten betreffen, soweit sie mit ihrem oder seinem Dienstverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen (Personalaktendaten)“. Gleichlautende Gesetzestexte gibt es in den Beamtenengesetzen des Bundes und der Länder – zum Beispiel Paragraph 106 Bundesbeamtenengesetz, Paragraph 102 Landesbeamtenengesetz Nordrhein-Westfalen oder Paragraph 107 Hessisches Beamtenengesetz.

Unter dem Strich

Die unklaren Rechtsauswirkungen und das Prinzip der Wahrheit und Klarheit gebieten es eigentlich, dass der derzeitigen Praxis der Verleihung von Missionsdienstgraden nicht weiter gefolgt werden sollte. Wir raten, formelle Voraussetzungen für die Verleihung von „Mission Ranks“ zu schaffen. Diese wären insbesondere die Formulierung einer rechtlichen Grundlage in den Bundes- beziehungsweise Landesvorschriften, eine formelle, schriftliche Form der Verleihung, die Aufnahme dieser Dokumente in die Personalakte sowie eine Regelung der Art und Weise der Berücksichtigung bei Beurteilungen. ■

Gerd Thielmann

war 44 Jahre hessischer Polizeibeamter, zuletzt bis 2015 Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol). Zwischen 2002 und 2004 fungierte er als „Deputy Head of EUPM Bosnien-Herzegowina“. Sechs Jahre lang vertrat er die Polizei Hessen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen (AG IPM). Er gilt als internationaler Experte für „Leadership“ und „Police Education“ und arbeitet für verschiedene internationale Organisationen.

Polizeidirektor a.D. Achim Raupach

leistete 45 Jahre Dienst bei der nordrhein-westfälischen Polizei, darunter zwölf Jahre als „Dezernatsleiter Auslandsverwendungen“. Der Kölner war an zwei internationalen Polizeimissionen, WEUPOL Mostar und UNMIK Kosovo, beteiligt. Vier Jahre leitete er die Missionsbetreuung der AG IPM in Berlin und Potsdam.

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich.

Informieren Sie sich!

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

Eure Meinung

Kontakt zur Redaktion

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DP – DEUTSCHE POLIZEI
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-113
gdp-pressestelle@gdp.de

ZU:

Was Männer kosten, DP 10/22

Von der Gewerkschaftszeitschrift der GdP müssen die Mitglieder erwarten können, dass sie aktuelle Probleme und Lagen differenziert und objektiv darstellt. Dazu gehört auch das Einhalten bestimmter Standards bei der Darstellung und Beurteilung von Sachverhalten. Insbesondere das kritische Hinterfragen von Thesen, die sich unmittelbar auf die Polizeiarbeit auswirken, ist eine Forderung von grundsätzlicher Bedeutung.

Der DP-Artikel in der Oktober-Ausgabe, Seite 24, „Was Männer kosten“ verfehlt diese elementaren Forderungen und ist daher, meiner Einschätzung nach, nicht nur diskriminierend, sondern auch fachlich vollkommen unzureichend. Die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI macht sich aus meiner Sicht zu einem Steigbügelhalter für eine gefährliche Ideologie, die den Wert eines Menschen danach bemisst, welchen möglichen „Schaden“ er, je nach subjektiver und politischer Überzeugung, durch seine nicht normengerechte Existenz, angeblich, für den Beurteiler verursacht.

Wie ich, als Polizist, Gewerkschaftsmitglied, Mann, Vater, Großvater und aufgrund meiner Lebens- und Berufserfahrung zu meiner individuellen Einschätzung komme, dass der Artikel gefährliche Kernaussagen enthält, kann ich wie folgt begründen. Ich muss noch vorausschicken, dass ich nach vielen Diskussionen den Eindruck habe, mit den folgenden Argumenten im Kollegenkreis nicht allein dazustehen. Ich beziehe mich mit meiner Kritik allein auf den redaktionellen Beitrag der, aus meiner Sicht, wesentliche mathematische, kulturgeschichtliche, biologische, soziale und historische Aspekte völlig außer Acht lässt und den Begriff der Männlichkeit auf wenige Merkmale reduziert, ohne das Problem in seiner Vielschichtigkeit und Gesamtheit erfassen und darstellen zu wollen. Entsprechend dieser Einschätzung dienen die im Artikel wiedergegebenen Fragen eher der Verbreitung einer populistischen Meinung als der objektiven Darstellung eines komplexen Problems. Zudem geht aus dem Artikel nicht hervor, ob diese Meinung nicht nur die einer kleinen Minderheit sein könnte, die lediglich mediales Übergewicht hat.

Wäre das Thema nicht die „Kosten“ die der „toxische Mann“, sondern die Kosten,

die irgendeine andere Gruppe von Menschen mit gemeinsamen Merkmalen durch ihre Existenz verursacht, wäre der Aufschrei der Interessensvertreter dieser Gruppen noch nach Monaten, aus guten Gründen, Thema in der Presse. Hier sind es aber nur „Männer“, die derzeit in medialen Bereichen keine Lobby haben und darum gefahrlos als „giftig“ an den Pranger gestellt werden können, ohne einen Shitstorm in den nicht sehr sozialen Medien hervorzurufen.

Menschen sind immer als Individuen einzigartig, auch wenn sie, willkürlich oder aufgrund bestimmter Merkmale, in Gruppen unterteilt werden können. Menschengruppen un widersprochen, und von den Medien goutiert, als giftig oder Müll zu bezeichnen, ist für mich ein deutliches Warnsignal, dass Grenzen überschritten werden. Es ist mir, als Mann der Mitte, dabei vollkommen egal ob von links oder rechts.

Das Problem, das ich erkenne, nämlich dass die Gruppe der Untersuchungsobjekte „Männer“ vielfältiger nicht sein könnte, findet im Artikel und den Fragen, meiner Einschätzung nach, keine entsprechende Erwähnung.

Aus verschiedenen Gründen heraus könnte es auch im Sinne „der Frauen“ sein, dass Männer häufiger in Kriegen getötet werden als Frauen. Es könnte auch im Sinne der Frauen sein, dass Männer, aufgrund vorteilhafter geschlechtsspezifischer körperlicher Merkmale, sie davor bewahren, bestimmte, besonders anstrengende, gesundheitsschädliche und gefährliche, Aktivitäten ausführen zu müssen. Wie hoch aber, und das ist eine wichtige Frage, sind die Werte zu beziffern, die durch „Männer“ geschaffen wurden? Schaffen Frauen mehr oder weniger Werte, die sie durch ihr feminines „toxisches“ Fehlverhalten wieder reduzieren? Stehen Männer am Ende dieser Rechnung besser oder schlechter da?

Es wäre die Aufgabe meiner Gewerkschaft deutlich zu machen, dass es die großen Opfer und Leistungen der letzten Generationen waren, die, trotz aller Mängel, der nachfolgenden Generation ein in der Geschichte der Bundesrepublik (sogar Deutschlands) einzigartig angenehmes Leben ermöglicht hat und unseren Staat zu dem gemacht haben, was er ist. Ein Staat, in dem jeder nach seiner Façon glücklich werden kann.

Peter Krawitz, Berlin

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 12 | 71. Jahrgang 2022
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: SUBHAJIT/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 45 vom 1. Januar 2022.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

191.076 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

PERSÖNLICHKEITSRECHT VON POLIZEIBEAMTEN

Polizeibeamte im Spannungsverhältnis zwischen Amtsträger und „Bürger in Uniform“

Von **Christoph Keller**.



2. Auflage 2022

Umfang: 576 Seiten

Format: DIN A5, Broschur

Preis: 38,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0922-6

In diesem Buch setzt sich der Autor daher umfassend mit den Fragen auseinander, wie die einzelnen verfassungsrechtlichen Garantiebereiche der individuellen Persönlichkeitsentfaltung mit der Wirklichkeit des Polizeiberufes und der Polizeiwirklichkeit in Einklang zu bringen sind. Dabei setzt er folgende Themenschwerpunkte:

- Das allgemeine Persönlichkeitsrecht
- Kommunikationsgrundrechte
- Ehrverletzungsdelikte
- Das Recht am eigenen Bild
- Das Recht am eigenen Wort
- Tatmittel: Internet
- Widerstand gegen die Staatsgewalt
- Datenschutz im Arbeits- und Dienstverhältnis
- Persönlichkeitsrechte im öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis
- Rechtsschutz

Die Darstellung mit vielen Beispielen aus der täglichen Polizeipraxis und einer gründlichen verfassungsrechtlichen Herleitung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts wendet sich an alle Polizeibeamte und liefert ihnen einen wertvollen Ratgeber dafür, ihre Erfahrungen zu bewerten. So hilft das Buch jedem Polizisten dabei, ein starkes berufliches Selbstbewusstsein und hohes berufliches Selbstverständnis zu erlangen.

Für die vorliegende Neuauflage wurde das Werk umfassend überarbeitet und ergänzt. So wurden u.a. die Kapitel zum Erscheinungsbild von Polizeibeamten und zur Teilnahme an sozialen Netzwerken erheblich erweitert. Außerdem wurde der Abschnitt „Polizeiarbeit, Corona und Dienstunfallrecht“ neu aufgenommen.



DIE HERAUSGEBER

Christoph Keller, M. A., Leitender Polizeidirektor. Ist Dozent für die Fächer Eingriffsrecht sowie Öffentliches Dienstrecht und Leiter der Abteilung Münster der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

ZEIT FARBE ZU BEKENNEN!

Einsatztasche HUNTER Colour

Einsatztasche mit strukturierter Oberflächenbehandlung, sehr strapazierfähig, sehr hohe Abriebfestigkeit, attraktive Optik. Hochwertige Ausführung mit Doppelläufer-Reißverschluss, abschließbar. Variable Inneneinteilung, einstellbar durch Klett/Flausch. Zwei Einstecktaschen mit Gummizug, anliegende Dokumententasche mit Wetterschutz. Sichtfenster für Namensschild. Zwei Außentaschen, seitlich, mit Reißverschluss. Zwei Innentaschen am Deckel (innen) mit Reißverschluss für Kleinteile. Einstecktasche und Fach für Stifte mit Karabinerhaken. Flauschfläche am Deckel außen für POLIZEI Klett. (Muss separat bestellt werden). Tragegriffe gepolstert, rutschsicherer Schultertragegurt, Trageösen und Karabinerhaken aus stabilen Metallteilen, drehbar. Alle Reißverschlüsse mit verlängerter Textilschleufe. Vier rutschfeste Bodengleiter. Nylon 1680D / Volumen 43 Liter / 56 x 24 x 32 cm.

253012 Rot 253112 Grau 253212 Gelb

✱48,95 € 61,95 €



LIMITIERTE AUFLAGE!

Lieferung nur solange der Vorrat reicht.



Einsatzrucksack RESCUE Colour

Praktischer Einsatzrucksack mit strukturierter Oberflächenbehandlung, sehr strapazierfähig, sehr hohe Abriebfestigkeit, attraktive Optik. Hochwertige Ausführung mit Molle-Pals Besatz außen zur Befestigung von diversen Zubehörtaschen. Großes Hauptfach mit verschiedenen Ordnungsfächern innen, teilweise mit Reißverschluss. Zwei Einstecktaschen mit Gummizug außen, zwei aufgesetzte Außentaschen und ein kleines Dokumentenfach oben neben dem Handgriff. Rückenteil, Rückentraggurte und Handgriff gepolstert, individuell einstellbar. Trageunterstützung im Brustbereich. Flauschfläche außen am oberen Taschengesamt für POLIZEI Klett. (Muss separat bestellt werden). Klettstreifen, 4 Bodenfüße.

Nylon 1680D / Volumen ca. 29 Liter / ca. 48 x 28 x 22 cm.

254012 Rot 254112 Grau 254212 Gelb

✱51,95 € 64,95 €



Auch in Grau und Gelb lieferbar.



Klettschild für Colour Hunter-Tasche/Rucksack POLIZEI

Grundmaterial Gummi schwarz, Schrift weiß. Maße: 19,5 x 7 cm

253312

✱4,95 € 6,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de